

**A n h a n g**  
**A n n e x e s**

**1 - 11**

**zum Stadtratsprotokoll Nr. 5**

**vom 19. Mai 2022**

**au procès-verbal n° 5**

**du 19 mai 2022**



## **Beantwortung**

**des dringlichen überparteilichen Postulates 20220065, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Roth Myriam, Grüne, Pittet Natasha, PRR, «Bericht über Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen»**

Im hier behandelten Vorstoss wird der Gemeinderat ersucht, bis am 30.01.2023 im Zusammenhang mit dem Anliegen der rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen bei ausländerrechtlichen Bewilligungen einen Bericht zu erstellen, in dem er

1. darüber informiert, inwiefern die Pendenzen abgebaut worden sind;
2. über die Umsetzung der offenen Punkte aus der dringlichen überparteilichen Motion 20210045 «Dringliche Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen» informiert und deren Effektivität beurteilt:
  - a. Erfassung von sämtlichen Verlängerungsgesuchen in einem Register, das eine Übersicht über die Verlängerungsgesuche sowie die Eckdaten der Gesuche erhält und diese statistisch ausgewertet werden können;
  - b. Sofortmassnahmen zur fristgerechten Behandlung von Verlängerungsgesuchen;
  - c. im Falle von Verspätungen: Ausstellung von Amtes wegen von Bestätigungen über das hängige Verlängerungsverfahren;
3. über sämtliche weitere relevante Massnahmen informiert und deren Effektivität beurteilt;
4. über geplante Massnahmen zur Digitalisierung des Verlängerungsverfahrens informiert;
5. allfällige weitere Massnahmen vorschlägt, wenn notwendig mit Vorschlägen von Budgetanpassungen.

Der Gemeinderat beantwortet den Vorstoss wie folgt:

Wie im vorliegend behandelten dringlichen, überparteilichen Postulat erwähnt sind im Zusammenhang mit der angespannten Situation bei den Einwohner- und Spezialdiensten betreffend die Verlängerungen von ausländerrechtlichen Bewilligungen diverse Massnahmen getroffen worden. Der Gemeinderat hat die Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) im Rahmen der Beschlussfassung zu den zu treffenden Massnahmen bereits beauftragt, ihm bis zu seiner Sitzung vom 25. Januar 2023, Bericht und allenfalls Antrag bezüglich der Entwicklung im Bereich Migration der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste zu erstatten.

Der vom Gemeinderat der DSS erteilte Auftrag zielt in dieselbe Richtung, wie die im hier behandelten Postulat formulierten Anliegen. Nach Auffassung des Gemeinderates spricht nichts dagegen, dass dem Stadtrat ein Bericht der gewünschten Art unterbreitet wird. Der Gemeinderat vertritt jedoch die Meinung, dass es sich als sinnvoll erweist, den Bericht des Gemeinderates

zuhanden des Stadtrates und den Bericht der DSS zuhanden des Gemeinderates gleichzeitig zu erstellen. Dies hat zur Folge, dass der vom Stadtrat ersuchte Bericht zwar auf Ende Januar 2023 erstellt werden kann, dieser jedoch frühestens in den Stadtratssitzungen von März 2023 wird traktandiert werden können.

Deshalb beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das dringliche überparteiliche Postulat 20220065 erheblich zu erklären.

Biel, 6. April 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

· Dringliches überparteiliches Postulat 20220065

## **Dringliches überparteiliches Postulat**

### **Bericht über Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen**

Der Gemeinderat wird gebeten, bis 30.01.2023 einen Bericht zu erstellen, in dem er:

1. darüber informiert, inwiefern die Pendenzen abgebaut worden sind.
2. über die Umsetzung der offenen Punkte aus der dringlichen überparteilichen Motion «Dringliche Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen» informiert und deren Effektivität beurteilt:
  - a. Erfassung von sämtlichen Verlängerungsgesuchen in einem Register, das eine Übersicht über die Verlängerungsgesuche sowie die Eckdaten der Gesuche erhält und diese statistisch ausgewertet werden können;
  - b. Sofortmassnahmen zur fristgerechten Behandlung von Verlängerungsgesuchen;
  - c. im Falle von Verspätungen: Ausstellung von Amtes wegen von Bestätigungen über das hängige Verlängerungsverfahren.
2. über sämtliche weitere relevante Massnahmen informiert und deren Effektivität beurteilt.
3. über geplante Massnahmen zur Digitalisierung des Verlängerungsverfahrens informiert.
4. allfällige weitere Massnahmen vorschlägt, jeweils wenn notwendig mit Vorschlägen von Budgetanpassungen.

#### **Begründung:**

Der Gemeinderat hat im Jahr 2021 mit Unterstützung des Stadtrats wichtige Schritte unternommen, damit die Anzahl hängiger Verlängerungsgesuche nicht zunimmt. Aus dem Bericht an den Stadtrat betreffend Einwohner- und Spezialdienste / Stellenschaffungen / Nachkredit zum Budget 2022 vom 22.09.2021 wird jedoch ersichtlich, dass das Kernanliegen der dringlichen Motion 20210045, nämlich der rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen, noch nicht erreicht ist: Die Anzahl hängiger Dossiers konnte bisher zwar gehalten werden, es erfolgte aber noch kein Pendenzenabbau. Mit anderen Worten: Die ESD behandeln die Gesuche weiterhin ähnlich verspätet, wie dies bereits zum Zeitpunkt der Einreichung der Motion der Fall war: Ausländerinnen und Ausländer müssen weiterhin Monate warten, bis ihr Verlängerungsgesuch behandelt wird. Die Motion ist somit insgesamt noch nicht umgesetzt. Der Gemeinderat soll den Stadtrat in einem Bericht über die aufrecht erhaltenen Punkte aus der Motion sowie weiteren Massnahmen informieren und dabei folgende Punkte berücksichtigen:

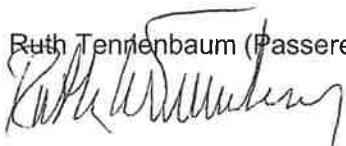
1. Der effektive Abbau von Pendenzen und die damit einhergehende rechtzeitige Behandlung der Gesuche ist der Zweck der Motion und ist nachvollziehbar darzulegen. .
2. Aufrecht erhaltene Punkte:
  - a. Erfassung von sämtlichen Verlängerungsgesuchen in einem Register: Bei dem in der Beantwortung der Motion erwähnten Dokumenten-Management-System (DMS) handelt es sich um eine elektronische Aktenablage, nicht jedoch um ein Register. Ein solches Register soll eine Übersicht über Verlängerungsgesuche von Aufenthaltsbewilligungen enthalten. Mit dieser Übersicht sollen die gesetzlichen Fristen überprüft und die Eckdaten der Gesuche systematisch erfasst und statistisch ausgewertet werden können. Anlässlich der Stadtratsdebatte zur Motion vom 24.06.2021 hat der zuständige Sozial- und Sicherheitsdirektor ausgeführt, dass bereits ein rudimentäres Register erstellt worden sei.

- b. Sofortmassnahmen zur fristgerechten Behandlung von Verlängerungsgesuchen: Zum Abbau der Pendenzen wird der Gemeinderat im Jahr 2022 externe Unterstützung beziehen. Der Bericht soll insbesondere über den diesbezüglichen Sachstand informieren.
- c. im Falle von Verspätungen: Ausstellung von Bestätigungen über das hängige Verlängerungsverfahren von Amtes wegen: In der Beantwortung der Motion führte der Gemeinderat aus, dass die Ausstellung von solchen Bestätigungen unabhängig vom effektiven Bedarf danach einen nicht sinnvollen Einsatz von Personalressourcen darstelle, insbesondere wenn diese knapp bemessen seien. Wir vertreten eine andere Haltung: Der Gemeinderat ist verpflichtet, insbesondere bei Verspätungen den betroffenen Ausländerinnen und Ausländern (die ihrerseits keine gültige Aufenthaltsbewilligung mehr haben) von Amtes wegen eine entsprechende Bestätigung auszustellen. Dabei soll und darf die Personalsituation keine Rolle spielen. Sofern die Pendenzen noch nicht abgebaut sind und somit von einer verspäteten Behandlung auszugehen ist, sollen die Bestätigungen direkt bei Eingang des Verlängerungsgesuchs ausgestellt werden.
3. Der Gemeinderat soll der Vollständigkeit halber über weitere relevante Massnahmen berichten.
  4. Die Digitalisierung ist eine Chance zur Effizienzsteigerung für die Verfahren zur Verlängerung der Aufenthaltsbewilligungen. Es wird nicht bestritten, dass die Stadt Biel/Bienne für die Umsetzung von entsprechenden Projekten auf den Kanton angewiesen ist. Gleichzeitig hält der Gemeinderat im Bericht an den Stadtrat vom 22.09.2021 fest, dass der Digitalisierungsstandard in Biel/Bienne deutlich geringer ist als in der Stadt Bern, die hinsichtlich Informatikprojekte dieselben strukturelle Abhängigkeit vom Kanton aufweist wie die Stadt Biel/Bienne. Unter Berücksichtigung des Digitalisierungsstandards der Stadt Bern soll der Bericht über geplante Massnahmen zur Digitalisierung des Verlängerungsverfahrens informieren.
  5. Im Jahr 2021 hat der Stadtrat einen Antrag des Gemeinderates für die provisorische Schaffung von 300 Stellenprozenten im Bereich Migration bei den Einwohner- und Spezialdiensten bewilligt. Es handelte sich dabei um eine Schlüsselmassnahme, damit die Anzahl hängiger Verlängerungsgesuche nicht zunimmt. Der Bericht soll dem Stadtrat weitere notwendige Massnahmen beantragen, jeweils wenn notwendig mit Vorschlägen von Budgetanpassungen.

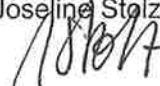
Anna Tanner (SP)



Ruth Tannenbaum (Passerelle)




Joseline Stolz (PSR)



Myriam Roth (les Vert-e-s)



Natasha Pittet (PRR)



Sandra Gurtner Oesch (GLP)

(entschuldigt)



## **Beantwortung**

### **der dringlichen Interpellation 20220066, Loderer Benedikt, Grüne, «Wie kommt Biel bis 2035 auf 20% gemeinnützige Wohnungen? »**

Mit dem vorliegenden Vorstoss bittet der Interpellant den Gemeinderat zwei Fragen im Zusammenhang mit dem im Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (RFGW) verankerten 20%-Ziel bis 2035 für gemeinnützige Wohnungen in Biel zu beantworten. Nach Ansicht des Interpellanten ist die Stadt Biel hinsichtlich der Zielerreichung im Rückstand und erfüllt beim aktuellen Tempo den durch das Reglement erteilten Auftrag keineswegs. Es fehlen mindestens 1800 Wohnungen für den 20%-Anteil. Die Arbeitsgemeinschaft für gemeinnützige Projektentwicklung hat einige in Frage kommende Grundstücke diverser Eigentümer in der Stadt Biel in einer Liste zusammengestellt. Sie setzt pro Wohnung 100 m<sup>2</sup> ein und kommt bei einer Ausnutzungsziffer von 1.0 auf 1200 mögliche gemeinnützige Wohnungen. Dies ohne das Areal Gurzelen und das Areal Agglolac in Nidau.

Der Gemeinderat kann bei der vorliegend behandelten Interpellation keine objektiven Umstände erkennen, welche das Dringlicherklären verlangt hätten. Nach Ansicht des Gemeinderates ist eine objektive «Dringlichkeit» gegeben, sofern eine Notwendigkeit besteht, kurzfristig zu handeln, da ansonsten im Vorfeld eines bevorstehenden Entscheides oder eines eintretenden Umstands aufgrund des ordentlichen Fristenlaufs für eine Beantwortung ein rechtzeitiges Handeln, ein Statement seitens der städtischen Behörden oder eine Einflussnahme verunmöglicht wird. Der Gemeinderat kommt nicht umhin, die dem Vorstoss attestierte Dringlichkeit eher in der «subjektiv» zugeordneten Wichtigkeit des Themas für den Interpellanten zu orten. Eine Beantwortung des vorliegenden Vorstosses innert den ordentlichen Fristen hätte zu keinerlei Nachteilen im Sinne der obenstehenden Qualifikationen geführt.

### **Der Gemeinderat nimmt zu den Fragen des Interpellanten wie folgt Stellung:**

- 1. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, damit er das im RFGW gesetzte Ziel erreicht, «dass sich im Jahr 2035 mindestens ein Fünftel der Wohnungen in der Stadt im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern befindet? » (Art. 2/1 RFGW)**

In Art. 2 – «Ziel» des RFGW sind sowohl das quantitative Ziel von 20% gemeinnütziger Wohnungen sowie in Absatz 2 zusätzliche qualitative Anforderungen festgehalten:

- 1) Die städtische Wohnbauförderung hat zum Ziel, dass sich im Jahre 2035 mindestens ein Fünftel der Wohnungen in der Stadt im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern befinden.
- 2) Die Stadt achtet bei der Verfolgung dieses Ziels auf einen haushälterischen Umgang mit den Ressourcen Boden und Energie sowie auf eine hohe städtebauliche, architektonische und bauliche Qualität der Wohnbauten.

Der Art. 4 – «Fördermassnahmen» des RFGW nennt die Förderinstrumente der Stadt für den gemeinnützigen Wohnungsbau:

- 1) Die Stadt fördert den gemeinnützigen Wohnungsbau mit:
  - a) einer darauf ausgerichteten Boden- und Wohnungspolitik;
  - b) raumplanerischen Massnahmen;
  - c) dem Abschluss einer Zusammenarbeitsvereinbarung mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern (sog. Charta);

- d) der Bildung einer Arbeitsgruppe gemeinnütziger Wohnungsbau;
- 2) Sie kann zudem zu Gunsten einzelner gemeinnütziger Wohnbauträge folgende individuelle Fördermassnahmen ergreifen:
- a) Gewährung von Baurechten an Grundstücken im Eigentum der Stadt sowie in Ausnahmefällen der Verkauf solcher Grundstücke;
  - b) Gewährung vergünstigter Darlehen;
  - c) Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit gemeinnützigen Wohnbauträgern über die Erbringung von im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben und entsprechende Abgeltung;
  - d) alle weiter, geeignet erscheinenden Massnahmen.
- 3) Im Gebiet «Gurzelen» gibt die Stadt die in ihrem Eigentum stehenden Grundstück Nr. 3826, 3898, 7978 und 8126, gemessen an der Bruttogeschossfläche, mindestens zur Hälfte im Baurecht oder, in begründeten Fällen, zu Eigentum an gemeinnützige Wohnbauträger ab.

Das RFGW hält damit die der Stadt Biel zur Verfügung stehenden Instrumente für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus abschliessend fest. Durch den Erlass des RFGW im 2016 wurde die Basis für die zukunftsgerichtete Zusammenarbeit der Stadt Biel mit den Wohnbaugenossenschaften geschaffen. Für Verlängerungen von Verträgen mussten und müssen Zielvereinbarungen erarbeitet und mit der Stadt abgeschlossen werden, welche die mittel- und langfristige Weiterentwicklung der Überbauungen beinhalten. Auf dieser Basis sind in der Zwischenzeit über 60 Baurechtsverträge mit gemeinnützigen Wohnbauträgern wieder langfristig vereinbart worden. Gleichzeitig wurden einheitliche Voraussetzungen für den Abschluss von Baurechtsverträgen für neue Projekte geschaffen.

Im 2020 und 2021 wurden die Areale Blumenstrasse Süd und Nord für die Abgabe an gemeinnützige Wohnbauträger ausgeschrieben. Die Siegerprojekte sind mittlerweile in der Umsetzung. In gleicher Weise soll ohne Zeitdruck in den kommenden Jahren das Areal des alten Stadions sukzessive für gemeinnützige Wohnbauträger freigegeben werden. Weiter ist ein Neubau-Projekt der Genossenschaft Wobe am Mettlenweg in der Planung.

Neben diesen laufenden Neuentwicklungen erwartet die Stadt insbesondere von den einzelnen Wohnbauträgern in den nächsten Jahren zukunftsweisende Projekte für die Ersatzplanung und Innenverdichtung bestehender Siedlungen gemäss den Leitlinien des Modellvorhabens «Nachhaltige Raumentwicklung» 2014–2018 des Bundes. Diese sollen das vorhandene Potential der entsprechenden Areale optimal ausnützen. In diesem Zusammenhang ist es unabdingbar und zielführend immer auch allfällige Aufzonungen für die bessere Ausnutzung von Arealen zu prüfen und zu beurteilen. Durch die konsequente Nutzung des Potentials in bestehenden Siedlungen unter Berücksichtigung allfälliger Aufzonungen könnte mittel- und langfristig eine geschätzte Erhöhung des gemeinnützigen Wohnungsangebotes in bestehenden Siedlungen um 10% bis 20% möglich sein.

Der Gemeinderat ist sich durchaus bewusst, dass durch die starke und anhaltende Wohnbautätigkeit von privaten Investoren in den letzten Jahren das Erreichen des 20% Ziels substantiell eine grössere Herausforderung darstellen wird. In diesem Sinne versteht er deshalb die Vorgabe im RFGW sowohl als quantitatives Ziel mit fixem Termin, aber darüber hinaus auch als mittel- und langfristige Volumenvorgabe, welche für die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern bestimmend sein muss. Gleichzeitig muss mit entsprechenden Instrumenten sichergestellt werden, dass ein qualitativ hochstehendes Angebot gebaut wird. Die Planung und Entwicklung von weiteren Angeboten für gemeinnützigen Wohnraum muss sodann immer auch auf die Nachfrage und die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten der gemeinnützigen Wohnbauträger Rücksicht nehmen. Die Schaffung neuer Angebote konkurrenziert insbesondere immer auch den Altbestand und soll deshalb ohne unnötigen Zeitdruck, nachhaltig, breit abgestimmt und ohne «Hauruck-Übungen» erfolgen. Das parallele Umsetzen von städtebaulichen Anliegen wie allfällige Anpassungen der Zonenplanung benötigt entsprechende Vorlaufzeiten und eine längere Umsetzungsphase.

**2. Welche Grundstücke im Besitz der Stadt oder welche, auf die die Stadt einen politischen Einfluss ausübt, erachtet der Gemeinderat als geeignet, um das 20% Ziel zu erreichen?**

Die vom Interpellanten beigelegte Liste von Grundstücken in der Stadt Biel enthält Parzellen diverser Eigentümer und Eigentümerinnen. Zu den aufgeführten Parzellen privater Eigentümerschaft kann sich der Gemeinderat verständlicherweise nicht äussern. Deren zukünftige Planung und Bebauung wird durch die jeweilige Eigentümerschaft im Rahmen der Bauvorschriften der Stadt Biel bestimmt.

Für Grundeigentum der Stadt Biel ergeben sich gemäss Ansicht des Gemeinderates folgende Prioritäten für Planung und Realisierung:

- Gurzelen, Baufeld Blumenstrasse Süd
- Gurzelen, Baufeld Blumenstrasse Nord
- Gurzelen, Areal altes Stadion
- Geyisried, Diverses Parzellen
- Weitere noch zu definierende Areale

Weitere Parzellen können je nach Bedarf und Prioritäten für die Nutzung durch gemeinnützige Wohnbauträger freigegeben werden. Chancen in die gewünschte Richtung können auch zukünftig freiwerdende Areale privater Eigentümer und Eigentümerinnen bieten, sofern sie durch die Stadt erworben werden können.

Biel, 6. April 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

- Dringliche Interpellation 20220066



## Dringende Interpellation

# Wie kommt Biel bis 2035 auf 20% gemeinnützige Wohnungen?

Benedikt Loderer, Grüne

Der Gemeinderat der Stadt Biel wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, damit er das im Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (RFGW) gesetzte Ziel erreicht, «dass sich im Jahr 2035 mindestens ein Fünftel der Wohnungen in der Stadt im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträger befindet?» (Art 2/1 RFGW)
2. Welche Grundstücke im Besitz der Stadt oder welche, auf die die Stadt einen politischen Einfluss hat, erachtet der Gemeinderat für geeignet, um das 20%-Ziel zu erreichen?

### Begründung

Zur Frage 1

Wir sind im Hinderlig (en retard). Bis 2035 sind es noch 13 Jahre. Zwar sind auf der Gurzelen rund 350 gemeinnützige Wohnungen geplant, trotzdem erfüllt der Gemeinderat, beim jetzigen Tempo seinen durch das Reglement erteilten Auftrag keineswegs. Eine einfache Rechnung beweist das:

In der Antwort auf die dringliche Interpellation Koller/Günther (20 180223) vom August 2018 gibt der Gemeinderat gestützt auf das Bundesamt für Statistik mit Stichtag 31.12.16 folgende Zahlen bekannt:

**Wohnungen total: 30 401, gemein.: 4249, macht 14%, es fehlen rund 1800 für den 20%-Anteil.**

Heute dürfte der Anteil der Gemeinnützigen noch gesunken sein, weil die privaten Investoren unterdessen tüchtig gebaut haben. Wie will der Gemeinderat angesichts der Arglist der Lage, da je auf 20% kommen? Energisches Handeln ist nötig, sofort. Genossenschaften, die bauwillig sind, gibt es.

Zur Frage 2


Die Arbeitsgemeinschaft für gemeinnützige Projektentwicklung (AggP) hat für den Gemeinderat Hausaufgaben gemacht und einige der in Frage kommenden Grundstücke aufgelistet, die Eigentümer namhaft gemacht, die Nutzungs- und Bauzonen festgestellt und die Grundstücksflächen ermittelt. Aufgrund dieses Wissens machte die AggP eine Überschlagsrechnung. Sie setzte pro Wohnung 100 m<sup>2</sup> ein, rechnete mit einer Ausnutzungsziffer von 1,0 und kam auf 1200 mögliche gemeinnützige Wohnungen. Gurzelen ist darin nicht enthalten. Ebenso wenig das Agglolac-Areal, das allerdings auf Nidauerboden liegt. Der beiliegende Stadtplan zeigt die erfassten Grundstücke. Die detaillierte Grundstücksliste kann unter [info@ag-gp.ch](mailto:info@ag-gp.ch) angefordert werden. Welche dieser Grundstücke erachtet der Gemeinderat für den gemeinnützigen Wohnungsbau geeignet?

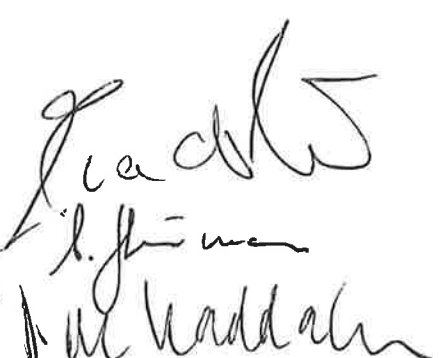
Biel, 24. Februar 2022

Benedikt Loderer, Grüne

  
Beilage: Stadtplan  




  
M. Roth

  
J. J. J. J. J.  
J. J. J. J. J.  
J. J. J. J. J.

Terrain Stadt Biel – Potentielle Standorte für gemeinnützigen Wohnungsbau

AggP





Terrain-Stadt-Biet – Potentielle Standorte für gemietnützigen Wohnungsbau

**01 – Terrain Wydenaunquartier (Bühlerareal)**

Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Whq*	Bemerkungen
2720	4'158	Kanton Bern TBA	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2721	816	Kanton Bern TBA	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2723	666	Kanton Bern TBA Nationalstrassen	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2724	340	Erbengemeinschaft Müller Erna Stürm Christiane, 02.10.1947 Müller Michel, 17.03.1949	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2725	405	Hartmann Robert, 02.12.1956	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2726	436	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2727	830	Hartmann Robert, 02.12.1956	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2728	366	Strasser Heinz Albert, 30.04.1945	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2730	1'462	Erbengemeinschaft Müller Erna Stürm Christiane, 02.10.1947 Müller Michel, 17.03.1949	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2731	809	Kanton Bern TBA	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2733	1'126	Kanton Bern TBA	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2734	236	Liegenschaft Biel/Bienne 371/2736 Liegenschaft Biel/Bienne 371/2737	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2735	429	Strasser Heinz Albert, 30.04.1945	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2736	119	Kanton Bern TBA Nationalstrassen	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2737	127	Kanton Bern TBA Nationalstrassen	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2738	119	Schenkel-Christ Esliher, 05.08.1964 Frei-Christ Mariame, 03.03.1967 Christ Markus, 04.05.1968	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2739	116	Wälti Stefan, 02.12.1967	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
2740	216	Kanton Bern TBA Nationalstrassen	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		
5749	720	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.4 (Bestandteil Masterplan)	k.A.		

13'486

135



Terrain Stadt Biel – Potenziell: Standort für gemeinnützigen Wohnungsbau

**02 – Terrain A5-Pavillon (Seevorstadt)**

Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	W/hq*	Bemerkungen
3170	4592	Kanton Bern TBA	ZPP 8.1 Seefeld	ZPP 8.1 Seefeld	k.A.	46	

**03 – Terrain Vidaduktstrasse (Seevorstadt)**

Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	W/hq*	Bemerkungen
3048	799	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	Zone für öffentliche Nutzung	Bauzone K Bauzone 3	1'351	6	

**04 – Terrain Nidaumatte**

Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	W/hq*	Bemerkungen
6163	540	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	k.A.		
6760	2'259	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	k.A.		
9427	1'664	Kanton Bern TBA	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	k.A.		
10432	1'748	Coop Immobilien AG, Bern (UID: CHE-107.878.783)	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	k.A.		
10800	3'000	Kanton Bern TBA	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	ZPP 8.6 A5-Anschluss Salzhausstrasse	k.A.		

9'211

69

**05 – Terrain Schlachthofareal**

Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	W/hq*	Bemerkungen
2659	7694	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	ZPP 8.7 Schlachthausareal (Bestandteil Masterplan)	ZPP 8.7 Schlachthausareal (Bestandteil Masterplan)	12'000	58	

**06 – Terrain Schöneegg**

Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	W/hq*	Bemerkungen
5376	3005	De Falcis Daniele, 05.06.1969	ZPP 2.5 Schöneegg	ZPP 2.5 Schöneegg	5'000	23	



Terrain-Stadt Biel – Potenzielle Standorte für gemeindefreie Wohnraumbau

07 – Terrain Esplanade									
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wohn*	Bemerkungen		
2219		Einwohnergemeinde Biel/Bienne	k.A.	k.A.	k.A.		0 BR11182, bereits projektiert gem. Grundris		
08 – Terrain Ablassmatte									
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wohn*	Bemerkungen		
1620	1'492	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	Überbauungsordnung 38_Neumarkt-Gerbergasse	Überbauungsordnung 38_Neumarkt-Gerbergasse	k.A.		11		
09 – Terrain Holunderweg									
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wohn*	Bemerkungen		
7450	1'013	Graber Ersilia, 26.12.1953	Grünzone	Bauzone K (Kleinbauten)	k.A.				
25001	2'931	Schweizerische Bundesbahnen SBB	Grünzone	Bauzone K (Kleinbauten)	k.A.				
	3'944						30		
10 – Terrain Winterli									
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wohn*	Bemerkungen		
3622	6'629	Mido G. Schaeeren & Co. SA, in Biel	Mischzone B	Bauzone 3	k.A.		50		
11 – Terrain Linde									
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wohn*	Bemerkungen		
36224637	2'059	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	Mischzone A	Bauzone 2	k.A.		15		
12 – Terrain Seevorstadt									
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wohn*	Bemerkungen		
1200	3'178	Einfache Gesellschaft Castagna Angela Castagna Marco Castagna Gian Castagna Nino	Mischzone A	Bauzone 2	k.A.		24		



Terrain-Steot Biel – Potentielle Standorte für gemischtzuzigen Wohnungsbau

13 – Terrain Spital Beaumont								
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wtq*	Bemerkungen	
3500	32'484	Spitalzentrum Biel AG	ZPP 6.1 Beaumont	ZPP 6.1 Beaumont Bauzone K (Kleinbauten) Bauzone 2 Grünzone Mischzone A	k.A.			
3510	9'550	Spitalzentrum Biel AG	ZPP 6.1 Beaumont Grünzone	ZPP 6.1 Beaumont Bauzone K (Kleinbauten)	k.A.			
8956	13'423	Spitalzentrum Biel AG	Zone für öffentliche Nutzung Landschaftsschutzgebiet	Überbauungsordnung 21_Regionalspital	k.A.			
3424	33'320	Coop Immobilien AG, Bern (UID: CHE-107.878.783)	Zone für öffentliche Nutzung	Überbauungsordnung 21_Regionalspital	k.A.			
								686
14 – Terrain Ried								
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wtq*	Bemerkungen	
6518	2'532	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	Zone für öffentliche Nutzung (3)	Bauzone 2	k.A.			
8816	3'579	Einwohnergemeinde Biel/Bienne BR8995	Zone für öffentliche Nutzung (3)	Bauzone 3	k.A.			
								46
15 – Terrain Mattenstrasse 133								
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wtq*	Bemerkungen	
9210	1'433	SOLLUFONDS SA, Signy-Avenex VD	Mischzone B	Bauzone 4	k.A.			11
16 – Terrain Mühlestrasse 33								
Parzellennr.	GSF	Eigentümer	NZ	BZ	mögliche GF	Wtq*	Bemerkungen	
4479	1'503	Einwohnergemeinde Biel/Bienne	Mischzone A	Bauzone 2	k.A.			11
								1201



Terrain, Stadt, Evd - Potentielle Standorte für gemeinnützigen Wohnungsbau

\* Annahme:  
Ausnutzungszimmer AZ=1.0  
1 Whq, 100m<sup>2</sup> HNF (4.5Zi,Whq)  
AZ = GF/GSF  
HNF = GF \* 0.75



## **Beantwortung**

### **des Postulates 20210292, Cadetg Leonhard, Fraktion FDP, «Überprüfung der Leistungen der Stadtverwaltung»**

Das Postulat ersucht den Gemeinderat, dem Stadtrat zwecks Überprüfung der Leistungen der Stadtverwaltung einen Bericht vorzulegen.

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Biel in den kommenden Jahren deutlich enger werden dürfte. Das Ziel des Postulats, eine kritische Überprüfung des bestehenden Leistungskatalogs vorzunehmen, wird angesichts der gegebenen Ausgangslage unterstützt. Mit Blick auf das strukturelle Defizit von jährlich rund CHF 25 Millionen hat der Gemeinderat erste vertiefte Abklärungsarbeiten in die Wege geleitet, um die städtischen Leistungen kritisch zu überprüfen bzw. nachhaltig und langfristig anzupassen. Der Gemeinderat unterstreicht in Übereinstimmung mit den Postulanten, dass dabei Kündigungen oder personelle Härtefälle vermieden werden sollen und das gute Funktionieren des Service Public nicht zur Disposition steht. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass der Gemeinderat überzeugt ist, dass mit Blick auf die Attraktivität des Standortes Biel die Beseitigung des strukturellen Defizits nicht alleine mit aufwandseitigen Massnahmen und ohnehin nicht ausschliesslich zu Lasten der Verwaltung erfolgen kann.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass eine Berichterstattung in Form eines Berichts wenig zielführend wäre und einen unnötigen administrativen und personellen Aufwand bedeuten würde. In welcher Form der Stadtrat in die weiteren Arbeiten einbezogen wird, wird der Gemeinderat zum gegebenen Zeitpunkt kommunizieren, wobei die GPK rollend über das Projekt informiert wird.

Daher beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20210292 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 23. März 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage:  
· Postulat 20210292



# Postulat Fraktion FDP

20210292

## Überprüfung der Leistungen der Stadtverwaltung

Der Gemeinderat wird gebeten, dem Stadtrat einen Bericht vorzulegen, worin folgendes aufgezeigt wird:

1. Welche Leistungen, welche jetzt von der städtischen Verwaltung erbracht werden, sind nicht durch ein Reglement oder durch einen übergeordneten Erlass begründet und können ohne grössere Auswirkungen auf die Mehrheit der Bieler Bevölkerung gestrichen werden?
2. Welche Leistungen, welche jetzt von der städtischen Verwaltung erbracht werden, könnten mittels einer Änderung eines städtischen Reglementes oder Verordnung, und ohne grössere Auswirkungen auf die Mehrheit der Bieler Bevölkerung, gestrichen werden und welche Erlasse müssten dazu angepasst werden?
3. Welche organisatorischen und infrastrukturelle Anpassungen innerhalb der Verwaltung könnten den Aufwand für die Dienstleistungsprozesse senken, z.B. durch Reduktion von Wegen oder Reduktion der beteiligten Stellen?
4. Wie kann in Zukunft sichergestellt werden, dass bei jeder neuen Stelle auch eine Überprüfung des bestehenden Leistungskataloges stattfindet und in der Folge eine Kompensation mit einer anderen Stelle innerhalb der städtischen Verwaltung angestrebt wird?

Damit sollen folgende Ziele verfolgt werden:

1. Abbau der Leistungen in Bereichen, wo die Bieler Bevölkerung keine grosse Einbussen beim Service Public in Kauf nehmen muss
2. Strukturelle Anpassungen in den von städtischen Stellen angebotenen Dienstleistungen im Umfang von 20 Mio. Franken im operativen Ergebnis im Budget 2024 gegenüber dem Budget 2022.
3. Weitere strukturelle Anpassungen in den Folgejahren, um bis Mitte des Jahrzehntseine ausgeglichene operative Rechnung zu erreichen
4. Spielraum für zukünftig benötigte Stellen
5. Vermeidung von Steuererhöhungen

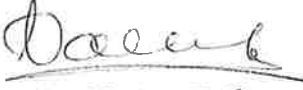
Kündigungen oder sonstige personelle Härtefälle sollen vermieden werden. Auch soll verhindert werden, dass diese Stellen durch befristete Stellen ersetzt werden.


Begründung:



Der finanzielle Spielraum der Stadt wird in den kommenden Jahren nochmals deutlich enger. Die Verschuldung steigt zu Lasten zukünftiger Generationen.

Während die neuen Stellen immer gut begründet waren und auch selten angezweifelt wurden, so ist es deutlich schwieriger, bestehende Stellen zu überprüfen. Mit den in den kommenden Jahren zu erwartenden Defiziten und sonstigen grossen finanziellen Herausforderungen ist der Zeitpunkt gekommen, die Leistungen der Stadt kritisch zu überprüfen und nachhaltig und langfristig anzupassen.

Auch wenn die Stadtverwaltung zu den leistungsfähigsten gehört, so kann doch sichergestellt werden, dass sie sich in Zukunft auf solche Aufgaben konzentriert, die notwendig sind und diese mit möglichst wenig Aufwand in vertretbarer Qualität erledigt, und so der Mehrheit der Bieler Bevölkerung dient.

  
Leonhard Cadetg, Fraktion FDP





## **Beantwortung**

**des überparteilichen Postulates 20210295, Tanner Anna, SP, Lehmann Caroline, GLP, De Maddalena Daniela, Grüne, Kilezi Ruth, PSR, Halter Marisa, PdA, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Zukunft gestalten: Das Potential des Schlachthofes Biel nutzen»**

Mit dem vorliegenden Vorstoss bitten die überparteilichen Postulanten den Gemeinderat zu prüfen, wie das Schlachthofareal für eine kulturelle Nutzung organisiert werden könnte. Der Schlachthof dürfe nicht verkauft, weder für die Parkplatzvermietung angeboten werden, sondern müsse der Allgemeinheit zur Verfügung stehen und für kulturelle Zwecke genutzt werden. Die historischen Gebäude sollten erhalten bleiben. Wichtig für die zukünftige Planung sei der Miteinbezug der Projekte und Menschen, die bereits vor Ort aktiv sind. Sie verweisen auf die entsprechende Website.

Nach Ansicht der Postulanten besteht beim Schlachthof mit seinen historischen Gebäuden und Freiflächen ein grosses Potential für eine neue Nutzung für kulturelle Veranstaltungen und Projekte. Die Lage sei sowohl für die Stadt – wie auch die Quartierentwicklung wichtig. Der Schlachthof solle zum Kultur- und Begegnungsort im Zentrum werden, was erheblich zur Attraktivierung der Stadt beitragen könne.

### **Der Gemeinderat nimmt zu den Anliegen der Postulanten gerne wie folgt Stellung:**

Das Areal des alten Schlachthofes liegt am Rande des Stadtgebietes an der Gemeindegrenze zu Nidau. Bis vor kurzem war das ganze Areal mit einem Enteignungsbann des Kantons belegt. Bei Realisierung des Westastes wäre das Areal zukünftig Teil des Autobahnperimeters geworden. Nach dem Verzicht auf den A5-Westast steht das Areal des alten Schlachthofes nun wieder für andere Projektentwicklungen zur Verfügung.

Die Gebäude auf dem Schlachthofareal sind allesamt in einem schlechten Zustand. Mit Hinblick auf die baldige Enteignung und den Abbruch der Liegenschaft für den A5-Westast fokussierte sich die Stadt Biel beim Unterhalt in den letzten Jahren konsequent auf eine Restnutzung der Flächen für Gewerbe- und Handwerksbetriebe zu entsprechend marktgerechten Bedingungen. Damit können aus der Vermietung dieser Gebäude und des Areals für die Parkierung Mieteinnahmen für die Stadt Biel generiert werden.

Ein längerfristiger Erhalt der Gebäude auf dem Schlachthofareal ist aus ökonomischen Gründen auszuschliessen. Die notwendigen Investitionen in den Erhalt und die Anpassung der Gebäude an die heutigen Anforderungen, insbesondere auch an energetische Standards, würden den Nutzwert um ein Vielfaches übersteigen. Die Grundrisse und die Konzeption entsprechen immer noch der damaligen Nutzung als Schlachthof und müssten für neue Bedürfnisse ebenfalls angepasst werden.

Einer mietweisen Zwischennutzung von bestimmten Lokalen oder Flächen des Schlachthofareals für kulturelle Zwecke steht der Gemeinderat positiv gegenüber. Diese müssen jedoch den heutigen Standard der Lokale und Flächen respektieren und mit den auf dem Areal bestehenden Gewerbenutzungen kompatibel sein. Es entspricht nicht der Absicht des Gemeinderates, die aktuellen gewerblichen Nutzungen, welche zunehmend Schwierigkeiten bekunden in der Stadt günstigen Raum zu finden, von diesem Standort zu verdrängen. Neue Ideen auf dem Areal sollen jedoch durchaus auch ihren Platz haben. Der Gemeinderat ist daher überzeugt, dass im Hinblick

auf eine Zwischennutzung ein konstruktives Miteinander unterschiedlicher Anliegen auf dem Areal möglich ist.

Deshalb beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das überparteiliche Postulat 20210295 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 16. März 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

· überparteiliche Postulat 20210295

## Zukunft gestalten: Das Potential des Schlachthofs Biel nutzen

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie das Schlachthofareal für eine kulturelle Nutzung organisiert werden könnte. Der Schlachthof darf nicht verkauft, weder für die Parkplatzvermietung angeboten werden, sondern soll der Allgemeinheit zur Verfügung stehen und für kulturelle Zwecke genutzt werden. Die historischen Gebäude sollen erhalten bleiben. Wichtig für die zukünftige Planung ist der Miteinbezug der Projekte und Menschen, die bereits vor Ort aktiv sind. Siehe auch: <https://schlachthof-kulturzentrum.ch>

### Begründung:

Das Potential für eine neue Nutzung für kulturelle Veranstaltungen und Projekte ist beim Schlachthof gross. Die historischen Gebäude und die grossen Freiflächen sind sehr spannend für ein kreatives Gestalten. Die Lage ist sowohl für die Stadt- wie auch Quartierentwicklung sehr wichtig. Es gibt bereits viele Ideen und motivierte Menschen, die bereit sind diesen Ort zu bespielen. Beispielsweise könnte auch das Anliegen für ein Haus der Vereine in diesen Räumlichkeiten verwirklicht werden. Die historischen Gebäude haben das Potential viele verschiedene Bedürfnisse aus der Bevölkerung aufzunehmen und gleichzeitig stellen die Gebäude ein bedeutendes Vermächtnis dar.

Der Schlachthof soll zum Kulturzentrum und Begegnungsort im Zentrum werden, was erheblich zur Attraktiveren der Stadt beitragen kann.

Biel/Bienne, 30.09.2021

Anna Tanner  
A.T.

Carolino Lehmann  
C.L.

Jamie de Nardalman  
J.N.

~~Rob Kiez~~

M. Batten

T.S.

**Beantwortung****des überparteilichen Postulates 20210336, Rüber Stefan, Fraktion Grüne, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Begegnungszonen im Mühlefeld»**

Mit dem Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, die Einführung von Begegnungszonen im Quartier Mühlefeld zu prüfen.

Aktuell werden alle Anfragen für Einrichtung einer Begegnungszone durch die zuständige städtische Behörde behandelt und die Umsetzung hängt von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und von Synergien mit Strassenbauprojekten (Instandsetzungen von Fahrbahnen, Kanalisationserneuerungen, Fernwärme, Verschiebung von Bushaltestellen usw.) zusammen. Zum Beispiel kann im Zuge der Kanalisationserneuerung an der Alexander-Moser-Strasse im Jahr 2022 die Tempo-30-Zone dank neuer Verkehrsberuhigungsmassnahmen (Verengung der Fahrbahn, Baumpflanzungen usw.) an die Anforderungen der Verordnung des UVEK über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen (SR 741.213.3) angepasst werden.

Zur Erinnerung: Die Massnahmen zur Geschwindigkeitsreduktion sind Teil der Politik des Gemeinderats zur Verkehrsberuhigung in der Stadt und speziell in den Wohnquartieren und in Schulinähe. Sie tragen dazu bei, die Sicherheit aller Menschen im öffentlichen Raum sowie die Lebensqualität der Quartierbewohnerinnen und -bewohner zu erhöhen. In diesem Sinne hat die Stadt Biel 2019 die Kreuzung Zihlstrasse/Heideweg mit Trottoirnasen und der Pflanzung von Bäumen umgestaltet, um insbesondere das Überqueren für die Schülerinnen und Schüler sicherer zu machen. Ausserdem ist im Rahmen des Agglomerationsprogramms der 4. Generation bereits die Einführung einer Begegnungszone auf dem Zihlplatz geplant (65% der Kosten sind durch Subventionen gedeckt).

Obwohl bei der Schaffung von Begegnungszonen eine gewisse Anzahl formeller Kriterien eingehalten werden muss, ist der Gemeinderat bereit, die Machbarkeit von punktuellen Begegnungszonen in der Umgebung der Schulhäuser des Quartiers Mühlefeld und insbesondere für die im Postulat als Schulweg bezeichneten Abschnitte (vgl. Punkte 1–4 des Postulats) zu prüfen. Bei der Planung von Begegnungszonen ist in der Regel die Prüfung der Zubringer zum Projektperimeter eingeschlossen. Die Machbarkeit der vorgeschlagenen Variante für die Zubringer zur Mühlefeldallee kann daher ebenfalls im Zug der Studie für die Begegnungszone zwischen der Mühlefeldallee und dem Richard-La-Nicca-Weg im Norden der Alexander-Moser-Strasse geprüft werden.

Hinsichtlich der Art und Weise, wie die Verkehrsmassnahmen gestaltet werden, ruft der Gemeinderat in Erinnerung, dass beim Erstellen von Begegnungszonen eine bestimmte Anzahl formeller Voraussetzungen erfüllt werden muss. Die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger hat dabei gegenüber ästhetischen und wirtschaftlichen Aspekten den Vorrang, so dass das Stadtmobiliar und eine geeignete Signalisation dementsprechend ausgewählt werden müssen. Der Gemeinderat begrüsst jedoch den Vorschlag, dass die Quartierbewohnerinnen und -bewohner in der Umsetzungsphase der Begegnungszonen aktiv einbezogen werden. Eines der Ziele des Legislaturprogramms 2021–2024 lautet ja, die Partizipation der Bieler Bevölkerung zu fördern, insbesondere für dazu geeignete Projekte in den Quartieren und für die Schaffung von Begegnungszonen. Für den Gemeinderat bietet gerade dieses Vorgehen die Möglichkeit, der Politik die Bedürfnisse der Bevölkerung näherzubringen, die Akzeptanz der Begegnungszonen durch die Anwohnenden zu erhöhen, der Bevölkerung die Aneignung des öffentlichen Raums zu erleichtern, die Belegung dieser Zonen nach deren Erstellung zu fördern, die Kultur des

«Miteinanders» zu begünstigen sowie allenfalls einen Teil des Unterhalts dieser Bereiche zu delegieren.

Der Gemeinderat beantragt daher dem Stadtrat, das überparteiliche Postulat 20210336 erheblich zu erklären.

Biel, 23. März 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

· Überparteiliches Postulat 20210336

## Überparteiliches Postulat "Begegnungszonen im Mühlefeld"

20210336

Mit dem vorliegenden Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, die Einführung von Begegnungszonen im Mühlefeldquartier zu prüfen. Folgende Orte sind dabei zu berücksichtigen:

1. Mühlefeldallee und Richard-La-Niccaweg nördlich der Alexander-Moserstrasse. Aus praktischen Gründen wäre zu überlegen, ob auch die Zubringer zur Mühlefeldallee einbezogen werden können.
2. Tiefenmattweg nördlich der Alexander-Moserstrasse.
3. Zihlstrasse zwischen Lischenweg und Heideweg.
4. Emile-Ganguilletweg zwischen Beginn der Strasse (Grenze zu Nidau) im Westen bis nach dem Zebrastreifen zum Schulhaus Peuplier.
5. Alle Begegnungszonen sollen mit minimalem Aufwand erstellt werden. Eine Signalisation und etwas Strassenmobiliar (z. B. Blumenkisten) sollten im Prinzip ausreichen. Allfällig kann in Zusammenarbeit mit den Schulen oder Elternorganisationen auch eine Bemalung resp. zusätzliche Beschilderung der Strasse angedacht werden.

### Begründung:

Strassen sind ein wichtiger Teil des öffentlichen Raums und werden zu unterschiedlichen Zwecken genutzt. Neben dem Individualverkehr sowie dem öffentlichen Verkehr gehört der Fussverkehr ebenfalls dazu, wenn man berücksichtigt, dass in Quartierstrassen selten genug Platz für Gehsteige vorhanden ist und auf Strassen mit Tempo 30 Zebrastreifen nur in Ausnahmefällen zugelassen sind. Begegnungszonen fördern den gegenseitigen Respekt der verschiedenen Nutzer\*innengruppen und erhöhen die Sicherheit im öffentlichen Raum. Eine unkomplizierte und von den Anwohnenden unterstützte Umsetzung fördert darüber hinaus die Akzeptanz der Bevölkerung und steigert die Lebensqualität.

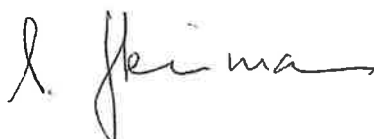
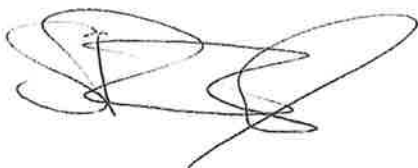
### Begründung für einzelne Abschnitte:

1. Mühlefeldallee und Richard-La-Niccaweg: Der beschriebene Perimeter weist minimalen Durchgangsverkehr auf, dient aber täglich vielen Kindern als Schulweg.
2. Tiefenmattweg nördlich der Alexander-Moserstrasse: Auch der Tiefenmattweg ist ein Teil des Schulwegs für viele Kinder.
3. Zihlstrasse zwischen Lischenweg und Heideweg: Auf beiden Seiten der Strasse befindet sich ein Kindergarten. Da in der 30er Zone Fussgängerstreifen nicht mehr vorgesehen sind, wäre eine Begegnungszone im Bereich der Kreuzung Heideweg/Zihlstrasse ein starkes Zeichen für mehr Schulwegsicherheit, da die Zihlstrasse an dieser Stelle von sehr vielen Kindern überquert werden muss (liegt u.a. auch auf dem Weg zwischen Schulhaus und Tagesschule).
4. Emile-Ganguilletweg: Der westliche Strassenabschnitt weist kein Trottoir auf und fungiert als Schulweg für viele Kinder. Beim Zebrastreifen ist die Sichtweite für Verkehrsteilnehmende stark eingeschränkt.

Biel, 18.11.2021

Stefan Rüber, Fraktion Grüne

Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO





## Réponse

**au postulat 20210294, Vouillamoz Naomi, Groupe les Vert-e-s, Rüber Stefan, Groupe Les Vert-e-s, «Le quartier de Mâche se réinvente en zone à trafic apaisé»**

Les auteurs du postulat rappellent que la problématique du trafic de transit dans le quartier de Mâche (poids lourds provenant de la carrière Vigier de Safnern et trafic d'évitement des axes principaux) est un fait établi et qu'il est grand temps de mettre en place des solutions adéquates pour la mobilité douce, les piétonnes et les piétons ainsi que les élèves dans le quartier de Mâche. Ils demandent au Conseil municipal d'étudier plusieurs possibilités d'apaiser le trafic dans le quartier de Mâche.

À titre de remarque préliminaire, le Conseil municipal relève que le présent postulat fait référence au «quartier de Mâche» en suggérant que celui-ci est congruent avec le quartier du Geyisried. Mâche s'étend toutefois également plus à l'ouest et au nord des voies CFF. Afin de clarifier le propos, la réponse est formulée en utilisant une terminologie plus précise mais en se référant pour l'essentiel au quartier du Geyisried, objet effectif du postulat.

De manière générale, le Conseil municipal partage le constat des auteurs du postulat. En plus d'être intervenu pour sauvegarder les droits de la Ville de Bienne dans le cadre de la mise à l'enquête publique du projet d'extension de la carrière de Safnern, il s'engage également depuis de nombreuses années dans différents projets visant à l'apaisement du trafic dans le quartier: une zone 30 sur l'ensemble des rues de desserte fine est d'ores et déjà planifiée et fera prochainement l'objet d'une autorisation de construire; des aménagements ponctuels visant à améliorer la sécurité des piétonnes et piétons et des cyclistes ont été réalisés; les mesures d'accompagnement en matière de circulation de l'A5 sont en planification et permettront une amélioration significative des axes principaux. Le Conseil municipal s'engage également pour le développement général de Mâche et du quartier du Geyisried: plusieurs périmètres font actuellement l'objet d'études urbanistiques; l'ensemble du secteur bordant la rue d'Orpond a dernièrement été le sujet du concours European, en collaboration avec les sept coopératives concernées.

Plus précisément, le Conseil municipal répond comme suit aux différentes propositions formulées dans le postulat:

1. Zone de rencontre aux abords de l'école et zone 30 km/h pour l'ensemble du quartier.

Les mesures de réduction des vitesses de circulation s'inscrivent dans la politique du Conseil municipal visant à modérer le trafic en ville et spécialement dans les quartiers résidentiels. Elles contribuent à augmenter la sécurité de l'ensemble des usagères et usagers de l'espace public tout en augmentant la qualité de vie des habitantes et habitants (amélioration de la qualité d'usage des espaces publics et réduction des nuisances). À noter que l'une des mesures inscrites au programme de législature 2021–2024 vise précisément à mettre en place un concept sur la création de zone de rencontre en lien avec la population.

C'est dans cette optique que la Ville de Bienne a initié en juillet 2021, au moyen de mesures temporaires, le réaménagement du centre du Geyisried, soit du carrefour entre le chemin Geyisried, la rue du Büttenberg et la rue G.-Reimann. L'objectif du projet global est de renforcer la fonction de centralité de quartier du site en créant un aménagement avec une bonne qualité d'usage et d'améliorer significativement la sécurité de cet espace qui se trouve en lien direct avec l'école. Le carrefour a été adapté de manière transitoire, dans l'attente du



projet de réaménagement définitif. Une aire piétonne a ainsi été créée et mise à disposition des riveraines et riverains à l'est de l'îlot central arborisé. Devant l'école, sur 160 mètres environ, la vitesse de circulation sera prochainement limitée à 30 km/h et le Conseil municipal est prêt à évaluer la faisabilité d'une zone de rencontre ponctuelle aux abords de l'école Geyisried, dans le cadre du projet d'aménagement définitif, dont l'échéancier est lié au processus de planification des terrains contigus.

D'autres mesures de circulation permettant de modérer la vitesse de circulation dans l'ensemble du quartier sont actuellement en projet. En effet, la mise en zone 30 du quartier du Geyisried (périmètre compris entre les voies CFF et la route d'Orpund) est d'ores et déjà planifiée et fera prochainement l'objet d'une demande d'autorisation de construire. Inscrits aux projets d'agglomération, les aménagements prévus bénéficieront de près de 50 % de subventions cantonales et fédérales et seront réalisés entre 2022 et 2024 pour le secteur sud et entre 2024 et 2028 pour le secteur nord.

2. Îlots routiers aux arrêts de bus afin d'éviter le dépassement lors de la desserte

En localité, les arrêts sur chaussée, identiques à ceux mis en service dans le quartier du Geyisried, ont l'avantage que le bus à l'arrêt fait automatiquement office de modérateur de trafic «naturel». Dans le même temps, c'est une mesure excessivement efficace pour donner la priorité au bus, puisque celui-ci est alors le premier véhicule à pouvoir passer lorsqu'il arrive au prochain axe de liaison. Les véhicules suivant le bus doivent ralentir et attendre derrière lui. Lorsque ces aménagements sont accompagnés d'une ligne continue au sol, le dépassement du bus à l'arrêt est interdit (en application de l'art. 34, ch. 2, LCR), excepté pour les véhicules d'urgence avec feu bleu enclenché si le conducteur fait preuve de la prudence qui s'impose par les circonstances (art. 100, ch. 4, LCR). Sur plusieurs axes notamment dans le cadre des mesures d'accompagnement en matière de circulation liées à l'ouverture de la branche est de l'A5, de tels aménagement, soumis à un permis de construire, ont été réalisés et sont planifiés en collaboration avec les différents services de la Ville de Bienne. Lorsque la question de la réalisation de mesures de construction visant à réguler le trafic se pose, il faut tenir compte de tous les aspects du projet, et notamment de la sécurité. La mise en place d'obstacles physiques dans l'espace routier et le resserrement de la chaussée peuvent poser problème pour les courses d'urgence des véhicules de secours. Les sapeurs-pompiers en particulier ont besoin d'un espace routier suffisamment large pour circuler avec leurs grands camions. Leur progression ne doit pas être ralentie ou empêchée par des obstacles qui jalonnent leur trajet. Concernant le quartier de Mâche, des arrêts sur chaussée sont en particulier prévus le long de la route de Mâche, de la route d'Orpund et du chemin Geyisried. Le Conseil municipal étudiera en outre la possibilité d'aménager des îlots centraux de manière ciblée aux arrêts concernés dans le cadre du projet de mise en zone 30 du quartier du Geyisried, dont l'horizon de réalisation est planifié entre 2022 et 2024 pour le secteur sud et entre 2024 et 2028 pour le secteur nord. Une attention particulière sera également portée à la perméabilité de ce type de voirie, dans le but de prendre en compte la problématique de leur franchissement par les véhicules d'urgence en cas d'intervention, conjointement à la sécurité des piétonnes et piétons qui les emprunteront au quotidien.

3. Passages sécurisés sur le chemin de l'école et chemin accessible aux élèves ainsi qu'aux poussettes pour joindre le site de l'école Geyisried par l'est

Le chemin Geyisried est un axe de desserte majeur pour le quartier. C'est par celui-ci que le trafic doit circuler de sorte à éviter tout report sur les axes de desserte fine, notamment le chemin du Mauchamp ou le chemin Beaulieu. Avec la réalisation de mesures temporaires sur la place du Geyisried (cf. point 1), la situation existante a ponctuellement été améliorée, tant au niveau de la sécurité que de la qualité globale. Des mesures constructibles permettant

d'améliorer davantage les conditions de traversée (comme p. ex. l'agencement de trottoirs traversant) seront réalisées avec la mise en zone 30 du quartier du Geyisried (cf. point 1). Dans le cadre de ce projet, les conditions d'accessibilité au site de l'école Geyisried depuis l'est seront également analysées.

4. Réalisation «minimaliste» lors de la mise en œuvre des mesures de circulation, en privilégiant le recours à du mobilier urbain (végétalisé), mais sans gros-œuvre

La réalisation de mesures de circulation, telle la création de zones de rencontre, doit répondre à un certain nombre de critères formels, légaux et normatifs visant prioritairement à garantir la sécurité des usagers et usagères. L'heure n'est pas au luxe, raison pour laquelle, lorsqu'elle intervient sur une rue, la Ville de Bienne cherche systématiquement le meilleur rapport coûts/bénéfice:

- en tirant au mieux parti des synergies qui s'offrent en termes d'aménagement: optimisation des bénéfices d'une intervention; répartition des charges;
- en rationalisant les ressources sur l'ensemble du cycle de vie du projet: optimisation des coûts annuels en considérant la réalisation, l'entretien et la longévité des aménagements; maximisation du recours à des financements externes, tels que les projets d'agglomération.

Au-delà de la sécurité (aspect élémentaire), les questions de qualité de vie dans les quartiers et de qualité d'usage des espaces publics (à ne pas confondre avec des considérations purement esthétiques) sont au centre des préoccupations de toutes les instances municipales compétentes en la matière. Un aménagement sécuritaire qui n'offre que peu de qualité d'usage et de confort risque fort d'être sous-utilisé, constituant alors une dépense au rapport coût/bénéfice insatisfaisant au regard de la plus-value réelle pour les Biennoises et Biennois. Des aménagements «légers» se montrent souvent très onéreux à moyen et à long terme, car ils requièrent un entretien plus intensif et doivent être régulièrement remplacés.

Ainsi, à une approche minimaliste, le Conseil municipal préfère une approche optimisée, dans une perspective à long terme, appliquant dans ses projet la devise «aussi peu que possible mais autant que nécessaire». Au-delà de la dépense immédiate (investissement de réalisation), il est primordial, pour les pouvoirs publics, d'assurer la longévité des aménagements définitifs et de limiter les coûts d'entretien, afin que les dépenses soient tenues au plus bas sur l'ensemble du cycle de vie.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat 20210294.

Bienne, le 23 mars 2022

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

La chancelière municipale:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Annexe:

· postulat 20210294



Vorstoss Nr. / Interv. no: 2021 0294  
Termin GR / Délai CM: \_\_\_\_\_  
Direktion / Direction: \_\_\_\_\_  
Mitbericht / Corapport: \_\_\_\_\_

Postulat

## **Le quartier de Mâche se réinvente en zone à trafic apaisé**

Il est demandé au conseil municipal :

- de transformer, sans plus attendre, en zones de rencontre l'ensemble du périmètre bordant l'école Geyisried ainsi que le périmètre nord de l'école Sahligut ;
- de mettre l'ensemble du quartier en zone 30 km/h ; à l'exception des routes cantonales et des voies empruntées par les transports publiques ;
- d'aménager des îlots routiers aux arrêts de bus des lignes 3 et 4 à l'intérieur du quartier, afin d'empêcher le dépassement des bus par le transport individuel motorisé (TIM);
- d'aménager des passages sécurisés dans les zones à faible visibilité se trouvant sur le chemin des écoliers·ères et d'évaluer la possibilité d'aménager un chemin accessible aux écoliers·ères et aux poussettes pour joindre le site de l'école Geyisried par l'Est ;
- **l'ensemble de ces requêtes est mis en place de manière minimaliste : l'utilisation de mobilier urbain (végétalisé) est priorisée, ces aménagements se font sans recourir à du gros œuvre, sans éventrer les rues pour mieux les rebétonner !**

### **Motivation :**

La problématique du trafic de transit dans le quartier de Mâche (poids lourds provenant de la carrière Vigier de Safnern et trafic d'évitement des axes principaux) est un fait établi. Il est grand temps de mettre en place des solutions adéquates pour la mobilité douce, les piéton·ne·s et en particulier les écoliers et les écolières dans le quartier de Mâche.

Biel/Bienne, 30 septembre 2021

Naomi Vouillamoz, Grüne / Les Verts

Fraktion Grüne / Les Verts

Stefan Rüber, Grüne / Les Verts

Fraktion Grüne / Les Verts



## Beantwortung

**der überparteilichen Interpellation 20210296, Sprenger Titus, PAS, Steinmann Alfred, SP, Rüber Stefan, Grüne, «Parkraumangebot im Finanzvermögen und langfristige Nutzungsabsichten auf dem ehemaligen Schlachthausareal»**

Mit dem vorliegenden Vorstoss stellen die Interpellanten dem Gemeinderat verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung von Parkplätzen auf dem ehemaligen Schlachthaus-Areal (Biel/Bienne GB-2659) und dem Angebot an Oberflächenparkraum.

**Der Gemeinderat nimmt zu den Fragen der Interpellanten gerne wie folgt Stellung:**

- 1. Warum erfolgt erst jetzt eine intensive Bewirtschaftung im zuvor genannten erwähnten Sinne. Da Parkplätze auch gekündigt werden können, kann es ja nicht alleine am Westast gelegen haben.**

Die Nutzung für Parkplätze besteht seit jeher und dient insbesondere der dort ansässigen Mieterschaft. Es wurden keine zusätzlichen Parkplätze geschaffen. Die vorhandenen Plätze stehen primär der Mieterschaft von Lokalen auf dem Areal zur Verfügung. Der grösste Teil der Freifläche des alten Schlachthauses war bis am 31.12.2019 an die Garage Merz & Amez-Droz AG vermietet. Nach der Kündigung der Fläche sowie dem Abbruch des Projektes Westast der A5-Umfahrung («Westast») wurde die Freifläche auf dem Areal neu aufgeteilt und die den Mieterinnen und Mietern zugewiesenen Aussenflächen überprüft. Die grosse Freifläche auf der Westseite ist an zwei Occasionshändler vermietet. Die Fläche war zuvor somit ebenfalls als Ausstellungsfläche für Neu- und Occasionswagen an eine Garage in der Nachbarschaft vermietet. Sodann dient eine Anzahl der Plätze als Reserve für die nahen stadteigenen Liegenschaft Salzhausstrasse 5 und 7. Lediglich sieben Parkplätze, welche temporär nicht von den vorgenannten Nutzerinnen und Nutzern nachgefragt werden, werden aktuell marktgerecht an Dritte vermietet. Wo nötig wurden die Mietverträge ergänzt und angepasst sowie freie Flächen neu vermietet.

- 2. Wie passt diese intensivere Bewirtschaftung zu den Leitsätzen aus dem Parkierungsreglement, Parkierungsverordnung, Parkraumrichtplan und Gesamtmobilitätsstrategie (Handlungsfeld 3.1a) wonach Oberflächenparkfelder zu reduzieren, umzunutzen, oder gleich ganz zu vermeiden sind?**

Bei den Parkplätzen auf dem Schlachthof-Areal handelt es sich nicht um Oberflächen-Parkplätze im Sinne der erwähnten Reglemente. Die Vermietung erfolgt grundsätzlich an Mieterinnen und Mieter von Räumen in den Gebäuden des Schlachthausareals sowie der in der erreichbaren Nachbarschaft liegenden Liegenschaften Salzhausstrasse 5 und 7. Die nicht von den Mieterinnen und Mietern benötigten Parkplätze werden für die Generierung von zusätzlichen Erträgen an Dritte vermietet.

- 3. Warum wird in diesem Falle (Schlachthaus Areal) via Medien argumentiert, es handle sich um Finanzvermögen, währendem in andern Fällen die Stadt Biel ihr Finanzvermögen dazu nutzt, um mit gutem Beispiel voranzugehen?**

Die Bewirtschaftung von Finanzvermögen umfasst seit jeher auch die Vermietung von Parkplätzen. Diese werden marktgerecht bewirtschaftet, um einen zusätzlichen Ertrag für

den Stadthaushalt zu erzielen. Finanzvermögen dient bekanntlich nur mittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung und besteht somit aus den Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der Erfüllung öffentlicher Aufgaben veräussert werden können; Finanzvermögen soll eine Rendite abwerfen. Die Liegenschaften im besagten Perimeter werfen jährliche Mieteinnahmen von rund CHF 215'000.- ab.

- 4. Warum konkurrenziert die Stadt Biel mit dieser Bewirtschaftung ihr eigenes in unmittelbarer Nähe gelegenes Bahnhof Parking, welches noch über freie Kapazitäten verfügt (und ebenfalls zum Finanzvermögen zählt)?**

Das Bahnhof-Parking ist im Eigentum der Parking Biel AG und damit nicht Teil des Finanzvermögens. Aus der Vermietung von einigen Parkplätzen an Dauermietende auf dem Schlachthaus-Areal ergibt sich keine unmittelbare Konkurrenzierung des Bahnhofparkings.

- 5. Welche langfristigen Nutzungsabsichten bestehen zum fraglichen Areal oder, falls noch keine bestehen, wie sieht der weitere Fahrplan über die weitere Planung dieses Areals aus?**

Im Rahmen des Projektes Westast war die Enteignung und der Abbruch der Liegenschaft durch den Kanton Bern vorgesehen. Nach Abbruch des Projektes bleibt diese weiterhin Eigentum der Stadt Biel und steht für zukünftige Planungen offen. Entsprechende Überlegungen wurden bisher noch nicht angestossen. Die Gebäude sollen deshalb weiterhin als gesuchter Standort für Bieler Gewerbetreibende und Handwerker mit zugehörigen Aussenflächen vermietet werden.

- 6. Welche Absichten oder welche Politik besteht generell hinsichtlich Oberflächenparkraumangebot im Finanzvermögen.**

Die Parkplätze im Finanzvermögen werden primär im Zusammenhang mit der Vermietung von Wohnungen und Gewerbeflächen bewirtschaftet. Sodann werden Parkplätze auch wo opportun als Zwischennutzung an Dritte vermietet. Diese Nutzungen sollen beibehalten werden, um einen zusätzlichen Ertrag für die Stadt zu generieren.

Biel, 16. März 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

· Überparteiliche Interpellation 20210296

## Parkraumangebot im Finanzvermögen und langfristige Nutzungsabsichten auf dem ehemaligen Schlachthaus-Areal

---

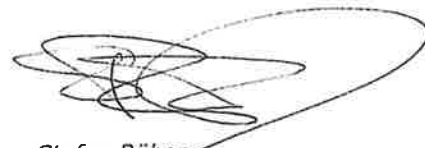
Neuerdings bewirtschaftet die Stadt Biel das ehemalige Schlachthaus-Areal (Biel/Bienne GB-2659) intensiver für Parkplätze, womit das Oberflächenparkraumangebot erweitert wird. In diesem Zusammenhang stellen sich die folgenden Fragen:

1. Warum erfolgt erst jetzt eine intensivere Bewirtschaftung im zuvor genannten erwähnten Sinne? Da Parkplätze auch gekündigt werden können, kann es ja nicht alleine am Westast gelegen haben.
2. Wie passt diese intensivere Bewirtschaftung zu den Leitsätzen aus Parkierungsreglement, Parkierungsverordnung, Parkraumrichtplan und Gesamtmobilitätsstrategie (Handlungsfeld 3.1a), wonach Oberflächenparkfelder zu reduzieren, umzunutzen oder gleich ganz zu vermeiden sind?
3. Warum wird in diesem Fall (Schlachthaus-Areal) via Medien argumentiert, es handle sich um Finanzvermögen, währenddem in anderen Fällen die Stadt Biel ihr Finanzvermögen dazu nutzt, um mit gutem Beispiel voranzugehen?
4. Warum konkurrenziert die Stadt Biel mit dieser Bewirtschaftung ihr eigenes, in unmittelbarer Nähe gelegenes Bahnhof-Parking, welches noch über freie Kapazitäten verfügt (und ebenfalls zum Finanzvermögen zählt)?
5. Welche langfristigen Nutzungsabsichten bestehen zum fraglichen Areal oder, falls noch keine bestehen, wie sieht der konkrete Fahrplan über die weitere Planung dieses Areals aus?
6. Welche Absichten oder welche Politik besteht generell hinsichtlich Oberflächenparkraumangebot im Finanzvermögen?

Biel/Bienne, 29.09.2021

  
Titus Spfenger  
Passerelle

  
Alfred Steinmann  
SP

  
Stefan Rüber  
Grüne



## Réponse

à l'interpellation 20210298, Stolz Joseline, Groupe PSR, Moeschler Marie, Groupe PSR, «Cyberattaque de Rolle: quels enseignements pour la sécurité informatique de la Ville de Bienne ?»

Par le biais de cette interpellation, le Conseil municipal est prié de prendre position par rapport à l'éventualité et aux conséquences potentielles d'une cyberattaque à la Ville de Bienne. Il s'agit de savoir de quelle manière les autorités biennoises se prémunissent contre un tel risque et quels enseignements ont été tirés du cas de Rolle en matière de sécurité informatique.

### 1. Quelles mesures sont prises et quels outils sont utilisés par la Ville de Bienne pour se prémunir contre les cyberattaques ? Quelles ressources sont allouées à la cybersécurité ?

**Collaborateurs et collaboratrices:** la Ville de Bienne dispose d'un responsable de la sécurité des systèmes d'information (*information security officer*) en charge de la sécurité informatique de l'Administration municipale et dédié à la définition et à la tenue de la politique de sécurité. Dans cette fonction, il est aidé par l'équipe du Département Informatique et Logistique (I&L) et, si nécessaire, de spécialistes externes. La contribution de l'ensemble des collaborateurs et collaboratrices de la Ville, régulièrement sensibilisés sur les différents thèmes, tient également un rôle important en respectant les règles définies dans le cadre de la sécurité de l'information.

**Méthodes:** en plus des configurations techniques recommandées pour assurer un niveau fiable de sécurité, I&L a initié la mise en place d'un système de gestion de la sécurité de l'information (ISMS) basé sur la norme ISO 2700, qui regroupe l'ensemble des mesures organisationnelles et techniques nécessaires pour assurer les différents aspects de sécurité de l'information à la Ville. Il s'agit, entre autres, d'assurer les accès sécurisés et uniquement autorisés au réseau municipal, aux serveurs et aux infrastructures ou de définir les rôles et les tâches des différents acteurs et différentes actrices dans les processus de sécurité. Cette démarche comporte également la sensibilisation continue de l'ensemble des collaborateurs et collaboratrices de la Ville sur les dangers en lien avec l'internet et l'utilisation sécurisée du matériel informatique.

### 2. La Ville de Bienne procède-t-elle à des audits réguliers concernant la sécurité informatique dans son administration ? Si oui, à quand remonte le dernier audit et quels étaient ses résultats ?

**Audits / monitoring:** des audits de sécurité sont régulièrement organisés au sein de l'Administration municipale à plusieurs échelles.

#### **Audits de sécurité organisationnelle (ISMS)**

Le dernier audit a été effectué par l'entreprise Swiss Infosec AG en mai 2021 avec des résultats satisfaisants. Les mesures de corrections recommandées ont immédiatement été planifiées et seront mises en place progressivement. Une des mesures, entre autres, est de réguler la fréquence des audits.

### **Audits de sécurité technique**

Un monitoring permanent du réseau est assuré pour détecter les intrusions et autres anomalies. Il est renforcé par des audits techniques sur l'opacité de l'infrastructure de la Ville, tant au niveau du réseau que des applications majeures.

### **3. La Ville de Bienne a-t-elle été la cible d'attaques informatiques importantes au cours des dernières années ? Si oui, quel en a été l'objet et comment les a-t-on traitées ?**

L'infrastructure de la Ville de Bienne fait quotidiennement face à des centaines d'attaques. Celles-ci sont repoussées automatiquement et efficacement par des pare-feu et des systèmes de filtre. Les utilisateurs et utilisatrices sont également confrontés régulièrement à des attaques de hameçonnage par courriel, mais grâce à des efforts de sensibilisation continus, ils et elles savent réagir de façon adéquate.

Il y a quelques années, des informations sur les tournées des camions-poubelles ont pu être visibles par un externe après exploration du site internet. Ce défaut a été corrigé et dans le cadre du ISMS, des contrôles réguliers de configuration sont systématiquement planifiés, afin de prévenir ce type de lacunes.

### **4. Quels sont les échanges de la Ville de Bienne avec d'autres acteurs externes (autres communes, autorités cantonales et fédérales, prestataires privés) concernant la thématique de la sécurité informatique et des cyberattaques ?**

**Confédération:** face aux cyberattaques actuelles de Rolle et de Montreux, le Département Informatique et Logistique de la Ville de Bienne a pris contact avec le Centre national pour la cybersécurité (NCSC) de la Confédération et, sur la base de ses recommandations, a réalisé un diagnostic rapide des aspects les plus importants en matière de cybersécurité.

**Autres villes:** à travers différentes plateformes d'échanges telles que la Conférence suisse sur l'informatique (CSI), I&L maintient le contact avec les autres communes et administrations publiques suisses sur les différentes thématiques IT, y compris la sécurité.

**Prestataires spécialisés en cybersécurité:** plusieurs prestataires externes accompagnent régulièrement I&L pour le conseil et la mise en œuvre de plusieurs projets concernant la sécurité informatique.

**Fournisseurs de produits:** au niveau de l'exploitation, les fournisseurs des produits installés informent I&L de la mise en place des patches de sécurité, apportant des corrections aux lacunes détectées en la matière.

### **5. Quels enseignements le Conseil municipal tire-t-il de la cyberattaque de Rolle ? Des mesures ou vérifications supplémentaires ont-elles été réalisées suite à ce cas ?**

**Mesures d'amélioration:** le Conseil municipal constate que les administrations suisses de taille comparable à la Ville de Bienne sont désormais la cible de telles attaques informatiques. Suite aux attaques, I&L a pris contact avec la Confédération qui lui a livré les points à contrôler. Un plan d'action est défini et est mis en œuvre afin de réduire massivement le risque d'attaques du même type et de reconnaître très tôt les attaques afin d'y réagir rapidement et efficacement.



**Remarque générale**

La Ville de Bienne ne ménage aucun effort pour se prémunir d'une cyberattaque, même si la mise à jour de toutes ces mesures de protection nécessite de nombreuses ressources.

Bienne, le 16 mars 2022

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

La chancelière municipale:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Annexe:

· Interpellation 20210298

## Interpellation PSR/JS



20210298

### **Cyberattaque de Rolle : quels enseignements pour la sécurité informatique de la Ville de Bienne ?**

Fin mai 2021, l'administration communale de la ville de Rolle (VD) a été victime d'une cyberattaque de grande ampleur, assortie d'une demande de rançon. Les données privées de 5000 habitants de la commune ont été divulguées sur le darknet. Elles contenaient notamment des numéros d'AVS, des carnets de notes d'élèves, des rapports d'évaluation sur les employés de la commune et des informations fiscales. Les médias ont révélé par la suite que les autorités communales de Rolle n'avaient pas suffisamment anticipé les risques liés à la sécurité informatique et avaient sous-estimé la gravité de l'attaque.

Le Parti socialiste romand (PSR) s'inquiète des conséquences potentielles d'une telle cyberattaque sur l'administration communale de la Ville de Bienne. Il souhaiterait savoir de quelle manière les autorités biennoises se prémunissent contre un tel risque et quels enseignements ont été tirés du cas de Rolle en matière de sécurité informatique.

Dans ce contexte, le PSR invite le Conseil municipal à répondre aux questions suivantes :

1. Quelles mesures sont prises et quels outils sont utilisés par la Ville de Bienne pour se prémunir contre les cyberattaques ? Quelles ressources sont allouées à la cybersécurité ?
2. La Ville de Bienne procède-t-elle à des audits réguliers concernant la sécurité informatique dans son administration ? Si oui, à quand le dernier audit remonte-t-il, et quels étaient ses résultats ?
3. La Ville de Bienne a-t-elle été la cible d'attaques informatiques importantes au cours des dernières années ? Si oui, quel en a été l'objet et comment les a-t-on traitées ?
4. Quels sont les échanges de la Ville de Bienne avec d'autres acteurs externes (autres communes, autorités cantonales et fédérales, prestataires privés) concernant la thématique de la sécurité informatique et des cyberattaques ?
5. Quels enseignements le Conseil municipal tire-t-il de la cyberattaque de Rolle ? Des mesures ou vérifications supplémentaires ont-elles été réalisées suite à ce cas ?

Bienne, le 30 septembre 2021, pour le groupe PSR/JS

Joseline Stolz

Marie Moeschler



## Réponse

à l'interpellation 20210363, Cuixeres Manon, Groupement des femmes parlementaires, Moeschler Marie, PSR, Roth Myriam, Les Vert·e·s, Pittet Natasha, PRR, Tennenbaum Ruth, PAS, Tonon Ariane, Les Vert·e·s, Tanner Anna, PS, Schlup Nina, JS, Halter Marisa, POP, Torriani Latscha Isabelle, PSR, «Agressions au GHB: que fait la Ville pour se prémunir contre ce fléau ?»

Le Conseil municipal est prié de répondre à cinq questions à propos des abus sexuels commis à l'aide de la dénommée «drogue du violeur».

## Remarques liminaires

Le Conseil municipal connaît la problématique de l'acide gammahydroxybutyrique (GHB). Dans le langage courant, cette substance est aussi appelée ecstasy liquide ou drogue du violeur. Le GHB existe sous forme de poudre incolore ou de liquide claire et inodore au goût salé ou légèrement savonneux. À faible dose, le GHB a des effets psychoactifs analogues à ceux de l'ivresse alcoolique. À partir de 0,5 gramme, s'ajoutent la relaxation et un sentiment d'euphorie. À partir de 2 à 3 grammes, les personnes qui en ont consommé tombent dans un profond sommeil. Des doses plus élevées peuvent se révéler mortelles car le GHB provoque une détresse respiratoire pouvant aller jusqu'à l'arrêt respiratoire. Étant donné que le degré de pureté du GHB commercialisé illégalement est inconnu, les risques de surdosage sont fréquents.

Le GHB ne joue pratiquement aucun rôle auprès de la majorité de la population, même si l'usage de cette substance en tant que drogue du violeur est connu. Dans ce contexte, l'ecstasy liquide est utilisé par des personnes mal intentionnées pour étourdir, puis abuser sexuellement de leurs victimes devenues sans défense sans que celles-ci s'en rendent compte. De tels actes sont toutefois rarement dénoncés à la police, d'autant plus qu'il est très difficile d'apporter la preuve de l'usage du GHB, celui-ci ne pouvant être décelé dans l'urine que durant 12 heures environ. Lorsque les victimes se décident à se rendre à la police, il s'est souvent écoulé trop de temps pour pouvoir prouver l'usage de cette drogue. Dès lors, on peut partir du principe qu'il existe un nombre élevé de cas non répertoriés d'usage du GHB.

Pour ce qui est des faits mentionnés dans l'interpellation, soit les nombreuses agressions au GHB en Suisse romande durant le week-end des 29 et 30 octobre, selon les informations du Conseil municipal, de grands doutes planent sur ces faits. En effet, cela est parti d'un message circulant sur les réseaux sociaux indiquant que plusieurs étudiantes d'une école à Lausanne auraient été droguées au GHB à leur insu, notamment par injection, lors d'une soirée dans une boîte de nuit à Lausanne. Aucune victime ne s'est annoncée ou n'a été identifiée par l'enquête effectuée. L'école concernée a même déposé plainte contre inconnu pour calomnie. La Police cantonale bernoise à Bienne n'a jamais eu connaissance d'un cas où du GHB aurait été injecté par une seringue hypodermique.

Le Conseil municipal répond comme suit aux questions concrètes posées dans l'interpellation:

### **1. Le Conseil municipal a-t-il entendu parler d'un tel phénomène dans les bars et discothèques biennois ?**

Le Conseil municipal n'a pas connaissance de cas concrets à Bienne. Selon les renseignements fournis par la Police cantonale, on n'a constaté à Bienne ces derniers mois, voire ces dernières

années, aucun cas d'abus sexuel pour lequel il a été possible d'apporter la preuve d'un recours au GHB. Il existe quelques cas isolés où l'on a soupçonné son usage, mais où cela n'a jamais pu être prouvé.

En 2021, une seule boîte de nuit a ouvert temporairement à Bienne. Renseignements pris auprès de sa direction, il n'y a eu aucune annonce concernant le GHB de la part de sa clientèle. En outre, la direction a indiqué qu'elle connaissait cette problématique et avait déjà pris des mesures préventives (p. ex. enlever et vider les verres laissés sans surveillance, sensibiliser le personnel chargé du service et de la sécurité ainsi que les hôtes, etc.).

## **2. La Ville pourrait-elle envisager de mettre en place un moyen pour recueillir des témoignages et ainsi faire des statistiques ?**

Un tel moyen existe déjà: depuis plusieurs années, la Ville de Bienne gère le Centre de contact pour la prévention de l'extrémisme et de la violence. Celui-ci a pour mission de conseiller les particuliers et les services administratifs sur les questions de violence et d'extrémisme ou de les mettre en contact avec les services compétents (police, Solidarité femmes, Aide aux victimes, etc.). Rattaché à la Direction de l'action sociale et de la sécurité, ce centre est géré par le personnel de l'unité d'intervention SIP (Sécurité-Intervention-Prévention; <https://www.biel-bienne.ch/fr/protection-violence.html/508>).

Jusqu'à présent, le centre n'a reçu aucune annonce concernant l'usage de GHB pour commettre des actes de violence. Ajoutons que dans le cadre de la coopération avec la Police cantonale visant à prévenir la criminalité, la Ville de Bienne peut obtenir sur demande des chiffres à ce sujet afin de compléter ses propres informations.

## **3. La Ville est-elle au courant de ce qui se fait dans les différentes villes suisses en matière de prévention et sensibilisation à la question ?**

Les services municipaux responsables de la sécurité à Bienne sont en contact étroit avec toutes les grandes villes suisses. De plus, des échanges réguliers à ce sujet ont lieu à l'occasion de rencontres organisées dans le cadre du groupe de travail «Vie nocturne urbaine» de l'Union des villes suisses.

## **4. La Ville se préoccupe-t-elle d'informer le public et les professionnels du monde de la nuit à l'existence et aux conséquences de l'utilisation de cette drogue, par exemple au moyen de campagnes d'affichage ?**

La Police cantonale aussi bien que la Police municipale du commerce ont des contacts réguliers avec les exploitantes et les exploitants de la plupart des bars nocturnes et discothèques de Bienne. Dans l'ensemble, on peut dire que les responsables des établissements nocturnes établis et reconnus connaissent très bien cette thématique et prennent des mesures préventives. De l'avis du Conseil municipal, rien ne s'oppose toutefois au fait d'examiner si la Ville pourrait renforcer encore sa contribution aux mesures de prévention à ce sujet.

## **5. Serait-il envisageable que la Ville mette en place un projet dans l'esprit de ce qui a été fait à Fribourg par l'association Mille Sept Sans ?**

MILLE SEPT SANS est une association fribourgeoise de sensibilisation au harcèlement de rue. En lançant la campagne «Divers BielBienne» en février 2022, la Ville de Bienne a créé un service de signalement pour les personnes qui sont victimes ou témoins de discriminations. La population peut y annoncer par téléphone ou par courriel tout incident survenu. Les personnes qui le souhaitent peuvent obtenir des conseils ou être mises en contact avec les services concernés. Les signalements fournissent également à la Ville un aperçu des lieux où se produisent ces discriminations dans l'espace public et des formes qu'elles prennent. Ces informations permettent aussi de sensibiliser les organes en charge de la sécurité, qui peuvent alors prendre des mesures

préventives. Ce service est lui aussi rattaché à la Direction de l'action sociale et de la sécurité. Il est géré par le Service spécialisé de l'intégration (<https://www.biel-bienne.ch/fr/details.html/29/news/2887>).

Par conséquent, grâce à cette offre et au Centre de contact pour la prévention de l'extrémisme et de la violence, la Ville de Bienne dispose déjà d'une large palette de moyens et de mesures pour lutter contre la violence et la discrimination. Les services compétents envisageront de prendre des mesures supplémentaires si cela s'avère nécessaire et judicieux.

Bienne, le 30 mars 2022

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

La chancelière municipale:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Annexe:

· interpellation 20210363

20210363

## Interpellation

## Groupement des femmes parlementaires

**Agressions au GHB : Que fait la Ville pour se prémunir contre ce fléau ?**

Il y a quelques semaines, une recrudescence d'un phénomène déjà connu dans le milieu de la nuit a été constatée : durant le week-end des 29 et 30 octobre, de nombreux cas d'agressions au GHB ont eu lieu lors de soirées dans les villes de Fribourg, la Chaux-de-Fonds et Lausanne. Les victimes sont majoritairement des femmes. De plus, si ces dernières sont malheureusement déjà bien conscientes des dangers de laisser leur verre sans surveillance, un nouveau procédé inquiète : l'usage des seringues hypodermiques pour injecter le produit. Suite aux événements mentionnés plus haut, un hashtag est apparu sur les réseaux sociaux pour sensibiliser les professionnels et le public des bars et boîtes de nuit. L'association fribourgeoise Mille Sept Sans a mis en place une charte, la charte Aretha, qui vise à offrir des espaces sécurisants aux femmes et minorités de genre, fréquemment harcelées ou agressées en soirée. Selon le site internet de Mille Sept Sans, l'objectif est de « valoriser et favoriser le respect mutuel et collectif afin de garantir un climat de convivialité, de coveillance et de partage » au sein des lieux concernés.

Il est illusoire de penser que Bienne est à l'abri de tels agissements, c'est pourquoi le Conseil Municipal est prié de répondre à ces quelques questions :

1. Le Conseil Municipal a-t-il entendu parler d'un tel phénomène dans les bars et discothèques biennois ?
2. La Ville pourrait-elle envisager de mettre en place un moyen pour recueillir des témoignages et ainsi faire des statistiques ?
3. La Ville est-elle au courant de ce qui se fait dans les différentes villes suisses en matière de prévention et sensibilisation à la question ?
4. La Ville se préoccupe-t-elle d'informer le public et les professionnels du monde de la nuit à l'existence et aux conséquences de l'utilisation de cette drogue, par exemple au moyen de campagnes d'affichage ?
5. Serait-il envisageable que la Ville mette en place un projet dans l'esprit de ce qui a été fait à Fribourg par l'association Mille Sept Sans ?

Bienne, le 29 novembre 2021

Pour le Groupement des femmes parlementaires :



Manon Cuixeres



Marie Moeschler




Myriam Roth



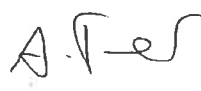
Natasha Pittet



Ruth Tennenbaum



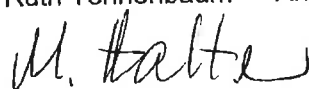
Ariane Tonon




Anna Tanner



Nina Schlup



Marisa Helter



Isabelle Torrizani



## Beantwortung

der Interpellation 20210364, GPK, Scheuss Urs, Grüne, Pittet Natasha, PRR, Tanner Anna, SP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Sprenger Titus, PAS, Torriani Latscha Isabelle, PSR, Zumstein Joël, SVP, «Vergabepaxis bei Leistungsverträgen»

Die Interpellation stellt verschiedene Fragen zur Praxis bei der Vergabe von Leistungsverträgen mit Dritten. Vermehrt würden Subventionen durch Leistungsverträge abgelöst. Einerseits übertrage die öffentliche Hand damit Aufgaben an Dritte. Andererseits stelle sie wichtige Leistungen von privaten Organisationen – meist Vereine und Stiftungen – für die Allgemeinheit sicher, die auf dem Markt sonst nicht angeboten würden. Leistungsverträge hätten Vor- und Nachteile, und die Praxis erhalte eine immer grössere Bedeutung.

### Allgemeine Vorbemerkung:

Die Stadt Biel verfügt über verschiedene Arten von Leistungsverträge: Leistungsverträge für *Subventionen in Form von Finanzhilfen*, zeichnen sich dadurch aus, dass die Stadt Leistungen Dritter, welche aus städtischer Sicht im öffentlichen Interesse liegen aber ohne die finanzielle Hilfe durch die öffentliche Hand kaum wahrgenommen würden, mit *Finanzhilfen* unterstützt. Das Gegenstück sind die sogenannten *Abgeltungen*, mit welchen jene Lasten ausgeglichen werden, die Dritten bei der Erfüllung öffentlicher (Gemeinde-)Aufgaben entstanden sind. Finanzhilfen und Abgeltungen werden unter dem Oberbegriff «Subventionen» zusammengefasst. Auch die Abgeltungen werden in der Regel durch Leistungsverträge zugesichert. Der «Einkauf» von Leistungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben unterliegt unter Umständen der Ausschreibungspflicht (Bsp. der Leistungsvertrag für das Veloverleihsystem Velospot). Die Stadt Biel hat zusammen mit anderen Städten einem Experten den Auftrag erteilt zu klären, in welchen Fällen die Übertragung öffentlicher Aufgaben und die Ausrichtung von Subventionen dem Beschaffungsrecht unterstehen. Aufgrund der Ausführungen in der Interpellation geht der Gemeinderat davon aus, dass sich die Fragen in erster Linie auf die *Finanzhilfen* an Vereine und Stiftungen, beziehen, welche Leistungen für die Öffentlichkeit erbringen.

Die Subventionen werden nicht durch Leistungsverträge abgelöst, sondern auf der Grundlage von Leistungsverträgen für überjährige Perioden zugesichert. An der Natur der Leistung ändert der Vertrag nichts. Im Gegensatz den öffentlichen Aufträgen werden diese Subventionen nicht «vergeben».

### 1. Wie viele Leistungsverträge bestehen in welchen Bereich? Welche Vertragsdauer haben die Leistungsverträge und was ist ihr finanzielles Volumen insgesamt?

Leistungsvertrag mit (Organisation/Institution)	Politikbereich	Dauer	Volumen CHF / Jahr
<b>Direktion Bildung, Kultur und Sport</b>			
Forum für die Zweisprachigkeit	Zweisprachigkeit	2022-2024	130'000
Theater Orchester Biel Solothurn	Kulturförderung	2020-2023	3'992'720
Stadtbibliothek Biel	Kulturförderung	2020-2023	1'997'080
NMB	Kulturförderung	2020-2023	956'250
Kunsthhaus Pasquart	Kulturförderung	2020-2023	512'350
Nebia	Kulturförderung	2020-2023	488'250
Photoforum Pasquart	Kulturförderung	2020-2023	123'250
La Grenouille	Kulturförderung	2020-2023	242'900
FFFH	Kulturförderung	2020-2023	111'450

Bieler Fototage	Kulturförderung	2020-2023	61'450
Filmpodium	Kulturförderung	2020-2023	140'000
Pod Ring	Kulturförderung	2020-2023	80'000
Groovesound	Kulturförderung	2020-2023	65'700
Rennweg 26	Kulturförderung	2020-2023	50'000
Sommerakademie	Kulturförderung	2020-2023	44'800
Städt. Musikvereinigung	Kulturförderung	2020-2023	44'600
Kunstverein	Kulturförderung	2020-2023	30'000
Stiftung Robert Walser	Kulturförderung	2020-2023	30'000
Stiftung Schweiz. Orchesternachwuchs	Kulturförderung	2020-2023	25'500
Lokal int.	Kulturförderung	2020-2023	25'000
Festival Ear we are	Kulturförderung	2020-2023	25'000
Société philharmonique de Bienne	Kulturförderung	2020-2023	30'000
Fête de la musique	Kulturförderung	2020-2023	20'700
Zauberlaterne	Kulturförderung	2020-2023	20'700
Visarte - Biel/Bienne	Kulturförderung	2020-2023	20'000
Literarische Gesellschaft	Kulturförderung	2020-2023	10'400
Theater für di Chlyne	Kulturförderung	2020-2023	10'400
Joyful Noise	Kulturförderung	2020-2023	10'400
Le Singe	Kulturförderung	2020-2023	80'000
AJZ-Chessu	Kulturförderung	2020-2023	40'000
Festival PlusQ'Ille	Kulturförderung	2020-2023	35'000
Bourgkonzerte	Kulturförderung	2020-2023	10'000
Bauernhof Falbringen	Bildung	2021-2024	60'000
Musikschule Biel	Bildung	unbefristet	1'770'000
AJZ	Soziokultur	2020-2022	90'000
Atelier 6/15	Kinder- und Jugendarbeit	2021-2022	15'000
Kinderbaustelle	Kinder- und Jugendarbeit	2021-2022	45'000
Ludothek	Soziokultur / Bildung	2021-2022	40'000
Malhaus	Kinder- und Jugendarbeit	2021-2022	10'300
Jugendmusik Biel	Musikförderung / Bildung	2021-2022	8'000
Quartierverein Möösl	Soziokultur	unbefristet	20'000
Robinson Spielplatz	Kinder- und Jugendarbeit	2021-2022	124'000
Villa Ritter	Kinder- und Jugendarbeit	2021-2022	160'000
X-Project	Kinder- und Jugendarbeit	2021-2022	383'400
Skatepark Loud Minority	Kinder- und Jugendarbeit	2022-2031	20'000
Pro Senectute	Alterspolitik	2021-2024	70'000
Schritt:weise / effe	Frühe Förderung	2019-2022	104'000
FamiPlus	Frühe Förderung	2019-2022	85'000
Volkshochschule	Bildung / frühe Förderung	2021-2022	140'000
Kindersprachhaus / VHS	Bildung / frühe Förderung	2021-2022	152'352
<b>Total</b>			<b>10'111'300</b>
<b>Präsidialdirektion</b>			
Lakelive Festival	Event-Unterstützung	2021-2024	80'000
Swiss Tennis	Event-Unterstützung	2022	30'000
EHCB	Kommunikation	2022	10'000
HaHa Festival	Kulturförderung	2022	15'000
Old Wheels BielBienne	Event-Unterstützung	2022	5'000
FFFH	Kommunikation	2022	12'000
Orientierungslauf World University Championship	Event-Unterstützung	2022	8'000
Christmas Session	Kulturförderung	2022	5'000
First Friday	Event-Unterstützung	2022	20'000
Internationales Schachfestival	Event-Unterstützung	2019-2022	125'000
Verein Partnerschaft Suisse-Santé-Haiti	Entwicklungszusammenarbeit	2019-2022	2'500
Verein Städtepartnerschaft Biel-San Marcos	Entwicklungszusammenarbeit	2019-2022	2'500
Drei Seen-Land	Tourismus	2020-2023	65'031
Switzerland Innovation Park Biel/Bienne	Innovation	2020-2022	80'000
Bieler Kinderfest in der Altstadt	Kommunikation	2022	2'000
<b>Total</b>			<b>462'031</b>
<b>Direktion Soziales und Sicherheit</b>			
Tierschutzverein	Tierschutz	2022-2025	90'000
Tierparkverein	Tierschutz	2022-2025	120'000
Schwanenkolonie	Tierschutz	2022-2025	81'000
Contact Arbeit	Sucht- & Obdachlosenhilfe	2022	25'000
Contact Mobil	Sucht- & Obdachlosenhilfe	2022	25'000
Dargebotene Hand Nordwest	Soziale Projekte	2022	10'000



Les Cartons du Coeur	Soziale Projekte	2022	10'000
Caritas Kulturlegi	Soziale Projekte	2020-2023	30'000
Verein Schreibservice d'écriture	Soziale Projekte	2022	20'000
Verein Casanostra (Notwohnungen)	Soziale Projekte	unbefristet	60'000
FRAC Biel	Soziale Projekte	2022	40'000
Effe FemmesTische	Integration	2021-2024	30'000
Gassenküche VAGOS *	Sucht- & Obdachlosenhilfe	2022-2023	119'996
Heilsarmee Passantenheim *	Sucht- & Obdachlosenhilfe	2022-2023	354'816
Verein Dormitorium Sleep-In *	Sucht- & Obdachlosenhilfe	2022-2023	581'361
Casanostra (Begleitete Wohnformen) *	Sucht- & Obdachlosenhilfe	2022-2023	215'166
<b>Total</b>			<b>1'812'339</b>

\*Diese Leistungsverträge werden ausschliesslich mit kantonalen Mitteln finanziert

## 2. Welches sind die formellen Grundlagen für die Vergabe von Leistungsverträgen (Rechtstexte, Weisungen, Vorlagen etc.)?

Leistungsverträge werden auf der Grundlage folgender Gesetze, Reglemente und Verordnungen abgeschlossen:

- Städtisches Beitragsreglement vom 18. September 1997 (SGR 6.4-1)
- Kantonales Kulturförderungsgesetz vom 12. Juni 2012 (KKFG; BSG 423.11)
- Kantonale Kulturförderungsverordnung vom 13. November 2013 (KKFV; BSG 423.411.1)
- Reglement für die Förderung der Kultur vom 19. Februar 1998 (SGR 4.2-1)
- Kantonales Musikschulgesetz vom 8. Juni 2011 (BSG 432.31)
- Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe des Kantons Bern vom 11. Juni 2001 (Sozialhilfegesetz, SHG; BSG 860.1);
- Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe des Kantons Bern vom 24. Oktober 2001 (Sozialhilfeverordnung SHV; BSG 860.111);
- Verordnung über die Wohnungsfürsorge vom 20. Januar 1989 (SGR 8.6-1)

## 3. Wie ist die Vergabe von Leistungsverträgen organisiert, welche Stellen sind für welche Schritte zuständig (Grundsatzentschied für einen Leistungsvertrag, Konkretisierung und Vertrags-Verhandlung, Umsetzung und Auswertung sowie Neuverhandlung)?

Wie eingangs erwähnt werden die Beiträge an Dritte nicht vergeben. Sie werden auf Grund eines begründeten Bedarfs und eines Gesuchs sowie der Genehmigung durch das finanzkompetente städtische Organ zugesichert. Die Voraussetzungen und das Verfahren für den Abschluss eines Leistungsvertrags sind in den obenstehenden rechtlichen Grundlagen festgelegt.

In der Regel bereitet die zuständige Verwaltungsstelle mit der Anbieterin oder Leistungserbringern den Vertrag vor. Anschliessend koordiniert die Direktion die Inhalte (Finanzierung, Leistungen) mit Drittparteien, führt die Verhandlungen mit den Institutionen und organisiert die formale Prüfung durch die Stadtkanzlei, bevor der Entwurf des Leistungsvertrags dem Gemeinderat unterbreitet wird. Je nach Höhe des Beitrags ist der Kreditantrag dem kompetenten Organ zur Genehmigung zu unterbreiten (ab CHF 300'000.– dem Stadtrat). Nach erfolgter Genehmigung sorgen die Stadtkanzlei und die zuständige Direktion für den Abschluss des Vertrages. Die Prüfung und das Controlling erfolgen durch die zuständige Direktion bzw. durch die Einheit, an die diese Aufgabe delegiert wird. Genauso die Neuverhandlung.

## 4. Wie wird die Leistungsbringung überprüft?

Die Überprüfung der Leistungserbringung und die Qualitätssicherung sind in den oben erwähnten übergeordneten gesetzlichen Grundlagen geregelt. Darin werden Vorgaben für die Berichterstattung, für die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung, für das Controlling und für die Auskunftspflicht gemacht. Bei Leistungsverträgen, die sich auf das städtische Recht abstützen, werden die Qualitätssicherung, das Controlling, die Form der Berichterstattung und abzuliefernden Unterlagen sowie die Auskunftspflicht beider Seiten standardmässig geregelt.

**5. Welche Kriterien und Vorgaben werden nebst der unmittelbaren Leistungserbringung angewendet?**

Wo nicht andernorts geregelt gelten die Vorgaben des städtischen Beitragsreglements. Bei der Event- und Kommunikationsunterstützung werden zudem folgende Kriterien in den Entscheidungsprozess einbezogen: Beitrag zur generellen Aufwertung und Positionierung (Imagebildung) des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt Biel, Ausstrahlung der Events (regional, kantonal, schweizweit, international) sowie Besucherzahl.

**6. Ausblick: Beabsichtigt der Gemeinderat Änderungen der Vergabepraxis bei Leistungsverträgen und wenn ja, welche Änderungen sind vorgesehen?**

Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren die formale Ausgestaltung und die Dauer der Leistungsverträge angeglichen und standardisiert – Leistungsverträge haben in der Regel eine Laufzeit von drei bis vier Jahren oder orientieren sich an der zugesicherten Dauer der kantonalen Finanzierung. Zudem genehmigt er bzw. der Stadtrat die Leistungsverträge pro Bereich zeitgleich. Damit gewährt er Transparenz und stellt die Gleichbehandlung der Anbietenden/Institutionen sicher. Die Qualitätssicherung fällt wie oben beschrieben in den Zuständigkeitsbereich der Direktionen.

Biel, 30. März 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage:  
- Interpellation 20210364

Vorstoss Nr. / Interv. no:

20210364

Termin GR / Délai CM:

Direktion / Direction:

Mitbericht / Corapport:

Interpellation der GPK

## Vergabepaxis bei Leistungsverträgen

Vermeht werden Subventionen durch Leistungsverträge abgelöst. Einerseits überträgt die öffentliche Hand damit Aufgaben an Dritte. Andererseits stellt sie wichtige Leistungen von privaten Organisationen – meist Vereine und Stiftungen – für die Allgemeinheit sicher, die auf dem Markt sonst nicht angeboten werden.

Leistungsverträge haben für die öffentliche Hand wie für die Vertragsnehmer Vorteile: Die Stadt kann auf vorhandenes Know How und die Nähe der Leistungserbringer zu den Betroffenen zurückgreifen und muss nicht selber die Ressourcen aufbauen. Für die Organisationen und Institutionen verbessern Leistungsverträge die Planungssicherheit und lassen ihnen die Freiheit, die Aufgabenerfüllung am besten zu organisieren.

Als Nachteile sind das Risiko zu nennen, dass Leistungsverträge nach Ende der Laufzeit nicht erneuert werden und dass der städtischen Verwaltung zum Teil das Fachwissen fehlt, um die Qualität der Leistungserbringung zu prüfen.

Die Liste der Vor- und Nachteile ist nicht abschliessend. Die Thematik ist komplex und erhält immer grössere Bedeutung.

Wir bitten daher den Gemeinderat, die folgenden Fragen zur Praxis bei der Vergabe von Leistungsverträgen mit Dritten zu beantworten:

1. Wie viele Leistungsverträge bestehen in welchen Bereichen? Welche Vertragsdauer haben die Leistungsverträge und was ist ihr finanzielles Volumen insgesamt?
2. Welches sind die formellen Grundlagen für die Vergabe von Leistungsverträgen (Rechtstexte, Weisungen, Vorlagen etc.)?
3. Wie ist die Vergabe von Leistungsverträgen organisiert, welche Stellen sind für welche Schritte zuständig (Grundsatzentscheid für einen Leistungsvertrag, Konkretisierung und Vertragsverhandlung, Umsetzung und Auswertung sowie Neuverhandlung)?
4. Wie wird die Leistungserbringung überprüft?
5. Welche Kriterien und Vorgaben werden nebst der unmittelbaren Leistungserbringung angewendet?
6. Ausblick: Beabsichtigt der Gemeinderat Änderungen der Vergabepaxis bei Leistungsverträgen und wenn ja, welche Änderungen sind vorgesehen?

Die GPK stellt weder das Instrument der Leistungsverträge noch einzelne Leistungsverträge in Frage. Es ist von grösserem Interesse, wie die Stadt Biel damit umgeht und ob sich daraus Verbesserungsbedarf ergibt.

Biel/Bienne, 15. Dezember 2021

Für die GPK:

  
Urs Scheuss

  
Natasha Pittet

  
Anna Tanner

  
Sandra Gurthner-Oesch

  
Titus Sprenger

  
Isabelle Torriani Latscha

  
Joel Zumstein



## **Beantwortung**

**der überparteilichen Interpellation 20210338, Briechle Dennis, GLP, Halter Marisa, PdA, Heiniger Peter, PdA, Schneider Veronika, SVP, De Maddalena Daniela, Grüne, «Sein statt Schein: Gebt der Altstadt ihr Licht zurück!»**

Die Interpellation stellt verschiedene Fragen in Zusammenhang mit dem Ersatz der Strassenbeleuchtung in der Schmiedegasse und Untergasse. Der Gemeinderat nimmt zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

1. *Entspricht die neu umgesetzte Beleuchtung den Vorstellungen des Gemeinderates? Oder wurde auch er von der sehr grossen Diskrepanz zur vorherigen Beleuchtung überrascht?*

Die neue Beleuchtung erfüllt die geltenden Vorschriften und Normen einer öffentlichen Beleuchtung für den betroffenen Strassenabschnitt. Aufgrund des Technologiewechsels (LED anstelle von Natriumdampf) war absehbar, dass sich die subjektiv wahrgenommene Licht-Ambiance deutlich verändern wird.

2. *Reicht die neue tiefere Höhe der Lampen ab Boden aus, um eine genügende Ausleuchtung der gesamten Gassen zu gewährleisten? Auch mit Blick auf das subjektive Sicherheitsgefühl?*

Die neue Beleuchtung erfüllt die geltenden Vorschriften und Normen einer öffentlichen Beleuchtung für den betroffenen Strassenabschnitt und gewährt demzufolge eine genügende Ausleuchtung. Das subjektive Sicherheitsgefühl hängt – wie der Name sagt – vom einzelnen Subjekt ab und kann nur bedingt objektiv gesteuert oder bewertet werden.

3. *Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass durch die tiefere Aufhängung der Lampen nun auf der ganzen Länge der Gasse andere Wohnungen geblendet werden? Anwohnende, welche sich an das Licht gewohnt haben, es unter Umständen in ihrer Wohnung geschätzt haben vermissen es, während sich nun andere daran gewöhnen müssen?*

Die neue Beleuchtung reduziert die Lichtverschmutzung in sehr grossem Ausmass. So werden nun nicht mehr die gesamten Fassaden intensiv beleuchtet, sondern das Licht ist auf der Strasse, wo es benötigt wird. Daraus resultiert eine deutliche Veränderung der Lichtsituation und damit auch der Betroffenheit der Anwohnenden. Tatsache ist, dass heute deutlich weniger Anwohnende durch die Beleuchtung potentiell gestört sind. Mit geeigneten Massnahmen wurde mittlerweile der Blendeffekt der neuen Beleuchtung deutlich reduziert.

4. *Ist es denkbar, dass an der Beleuchtung noch Anpassungen vorgenommen werden, namentlich bezüglich des Farbtons?*

Wie bei solchen Projekten üblich, werden nach der Montage noch Verbesserungen und Optimierungen vorgenommen. Im Lauf des Monats März 2022 werden aufgrund einer Bemusterung die Leuchten nochmals optimiert. Dabei wird der Blendeffekt reduziert und gleichzeitig der Farbton von 3000K auf 2700K angepasst.

5. *Weshalb haben die Direktbetroffenen am wenigsten zu sagen?*

Die öffentliche Beleuchtung hat eine grosse Anzahl von gesetzlichen Vorschriften und Normen einzuhalten. Dies bedeutet, dass der Spielraum für partizipative Prozesse nicht gegeben ist.

6. *Vor kurzer Zeit hat der Gemeinderat mit der «Vision 2030» der Stadt ein neues Leitbild gegeben. Prominent wird in dieser die Partizipation der Bevölkerung erwähnt, so steht einleitend: «...nutzen bei der Weiterentwicklung unserer Stadt die Partizipation der Bevölkerung...». Wird die Stadt hier ihren eigenen Ansprüchen gerecht?*

Siehe Antworten auf Fragen 1 und 5.

7. *Eingriffe in das Stadtbild der Altstadt hat die Bevölkerung in den letzten Jahren mit besonderer Sensibilität aufgenommen: Die Neugestaltung des Rings oder die Planung Wildermethmatte beispielsweise wurden in der Altstadt kontrovers aufgenommen. Mit dem Ersetzen der Beleuchtung Unter-/Schmiedegasse wurden die Anwohnenden erneut übergangen. Hat der Gemeinderat nichts gelernt? Ist es denkbar, dass er bei zukünftigen Projekten wieder ein offeneres Ohr für die Anwohnenden hat?*

Siehe Antworten auf Fragen 1 und 5. Der Gemeinderat bekennt sich in den Legislaturzielen (Ziel 1) zur Förderung der Partizipation der Bieler Bevölkerung. Massnahme 1.2 lautet: «Für geeignete Projekte in den Quartieren wird ein partizipativer Ansatz in der Stadtverwaltung verfolgt». Auch künftige Projekte werden unter diesem Gesichtspunkt beurteilt und – wo möglich – die Bevölkerung in geeignetem Rahmen miteinbezogen.

8. *Ist dem Gemeinderat das Beleuchtungskonzept der Stadt Bern bekannt?*

Das Konzept ist insbesondere den Verantwortlichen für die öffentliche Beleuchtung, namentlich dem ESB und dem Atelier lumière bekannt.

9. *Gibt es gute Gründe, weshalb die für das UNESCO-Welterbe Berner Altstadt erarbeiteten Grundsätze für die Bieler Altstadt keinen Sinn ergeben?*

Die Situation in der Altstadt von Bern ist in verschiedener Hinsicht nicht vergleichbar mit der Situation in der Altstadt von Biel (andere Architektur, anderes Verkehrssystem, in Bern ist z.B. das Zusammenspiel der öffentlichen und privaten Beleuchtung reglementiert). Demzufolge müssen auch nicht zwingend die gleichen Grundsätze gelten.

10. *Für die Altstadt sieht der Plan lumière vor: «Die angestrebte öffentliche Beleuchtung soll ein für das typische soziale Leben der Altstadt angemessenes Ambiente schaffen». Was versteht der Gemeinderat unter dem charakteristischen sozialen Leben der Altstadt? Hält er diese Bestimmung für erfüllt mit der neuen Beleuchtung von Unter- und Schmiedegasse?*

Die öffentliche Beleuchtung hat – dies ist immer zu bedenken – in erster Linie sicherheits- und verkehrstechnische Anforderungen zu erfüllen. Weiter gilt es, die Lichtverschmutzung maximal zu reduzieren. Die nächtliche Stimmung an sich entsteht durch das Zusammenspiel der öffentlichen und der privaten Beleuchtungen (Fassadenbeleuchtungen, punktuelle atmosphärische Beleuchtung von speziellen Orten wie z.B. Restaurant-Terrassen). Durch eine Anpassung der bisherigen, öffentlichen Beleuchtung kann es angebracht oder gar notwendig sein, die privaten Beleuchtungen im Sinne der angestrebten Stimmung anzupassen. Im Endergebnis dürfte das charakteristische soziale Leben der Altstadt wiederzufinden sein.

11. *Wäre eine Ergänzung des Plan lumière mit konkreten Messgrössen, analog dem Berner Beleuchtungskonzept, nicht sinnvoll? Falls ja, wäre der Gemeinderat bei der Bestimmung dieser bereit, betroffene Kreise miteinzubeziehen?*

Der Plan lumière wird periodisch überarbeitet und angepasst. Dabei kann geprüft werden, ob Messgrössen analog dem Berner Beleuchtungskonzept zielführend sind. Da es sich dabei um rein technische Kenngrössen handelt, macht ein Einbezug betroffener Kreise ausserhalb des Atelier lumière wenig Sinn.

12. *Die gewählte Farbtemperatur hat auch Auswirkungen auf Fauna und Flora. Je wärmer der Farbton, desto weniger Insekten werden angezogen, Fledermäuse weniger beeinflusst und die Bäume werden weniger in ihrem Jahreszyklus gestört. Wurden diese ökologischen Aspekte bei der Auswahl des Farbtons mitberücksichtigt?*

Die ökologischen Aspekte sind immer Bestandteil der Konzepte in der öffentlichen Beleuchtung. Aufgrund der Vielzahl der zu erfüllenden weiteren Anforderungen ist das Endergebnis immer ein Kompromiss, der die Summe der Anforderungen bestmöglich zu erfüllen versucht. Dies gilt in dem Sinne auch für die Auswahl des Farbtons.

13. *Was passiert mit den bisher in Unter-/Schmiedegasse verwendeten Laternen? Stichwort: Recycling.*

Die Leuchtmittel werden, soweit möglich, kurzfristig als Ersatzteile für defekte Leuchtkörper in der übrigen Altstadt eingesetzt. Die Leuchtmittel und teilweise auch die Laternen sind jedoch grösstenteils am Ende ihrer Lebens- und Gebrauchsdauer angelangt und werden entsprechend in den Materialkreislauf zurückgeführt. Eine Restauration der Leuchten wurde geprüft. Technisch wäre sie grundsätzlich möglich, die Kosten dafür wären aber unverhältnismässig hoch.

14. *Welche weiteren Schritte sind geplant? Beabsichtigt die Stadt, auch weitere Gassenzüge umzurüsten? Wenn ja, innert welchem Zeitrahmen?*

Aufgrund der Tatsache, dass die Leuchtmittel in der Altstadt am Ende ihrer Lebensdauer angelangt sind, müssen in absehbarer Zeit weitere Gassenzüge mit neuen Leuchtmitteln ausgerüstet werden. Dabei ist die aktuell sehr hohe Lichtverschmutzung zwingend zu reduzieren. Einen konkreten Zeitplan gibt es zurzeit noch nicht.

15. *Dem Vernehmen nach sollen die Laternen der Unter-/Schmiedegasse wiederverwendet werden. Wäre es denkbar, dass die damit ersetzten Laternen später wieder in Unter/Schmiedegasse verwendet werden könnten?*

Bezüglich Wiederverwendung siehe Antwort auf Frage 13.

16. *Sollten weitere Gassen betroffen sein: Ist es denkbar, dass der Gemeinderat auf die geäusserten Bedenken eingeht? Namentlich betreffend des gewählten Farbtons?*

Siehe Antwort auf Frage 4.

Biel, 16. März 2022

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage:

· Überparteiliche Interpellation 20210338

## Sein statt Schein: Gebt der Altstadt ihr Licht zurück!

In der Untergasse und der Schmiedegasse hat die Stadt Biel, bzw. der damit betraute ESB, die öffentliche Strassenbeleuchtung ausgetauscht. Die bisherigen Laternen wurden entfernt und durch solche in einem neuen Design ersetzt, sie wurden ca. einen Drittel tiefer aufgehängt und die bisherigen orange leuchtenden Natriumhochdruckleuchten wurden durch «warmweisse» LED-Leuchten ersetzt, die sich in ihrem Farbton deutlich vom bisherigen Licht unterscheiden, deutlich weisser und kälter sind.

Der Farbton, die Farbtemperatur einer Leuchte wird in Kelvin gemessen, je höher die Kelvinzahl, desto weisser erscheint das Licht. Während Natriumhochdrucklampen einen Wert um 2000 Kelvin erreichen, so dürften die nun installierten Leuchten ca. 3000 Kelvin erreichen. Viele betrachten den nun verwendeten Farbton als zu weiss, zu kalt; die bisherige heimelige, wohnliche Atmosphäre in den betroffenen Gassen der Altstadt wurde schlagartig beendet. Auch die Verwendung neuer, moderner Laternen anstelle der historischen Laternen wurde kontrovers aufgenommen. Das Unbehagen vieler Betroffener und Besuchenden der Altstadt äussert sich durch die lancierte Petition «Sein statt Schein», die innert weniger Wochen bereits viele hundert Male unterzeichnet wurde.

Die neu installierte Beleuchtung wird von vielen als unangenehm empfunden: Das Licht ist kalt, beim direkten Blick in die Leuchten sehr grell; abseits der unmittelbaren Leuchten-Standorte sind die Gassen andererseits aber viel dunkler als zuvor. Dies auch dadurch bedingt, dass die Leuchten nun drei Meter tiefer aufgehängt sind.

1. Entspricht die neu umgesetzte Beleuchtung den Vorstellungen des Gemeinderates? Oder wurde auch er von der sehr grossen Diskrepanz zur vorherigen Beleuchtung überrascht?
2. Reicht die neue tiefere Höhe der Lampen ab Boden aus, um eine genügende Ausleuchtung der gesamten Gassen zu gewährleisten? Auch mit Blick auf das subjektive Sicherheitsgefühl?
3. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass durch die tiefere Aufhängung der Lampen nun auf der ganzen Länge der Gasse andere Wohnungen geblendet werden? Anwohnende, welche sich an das Licht gewohnt haben, es unter Umständen in ihrer Wohnung geschätzt haben vermissen es, während sich nun andere daran gewöhnen müssen?
4. Ist es denkbar, dass an der Beleuchtung noch Anpassungen vorgenommen werden, namentlich bezüglich des Farbtons?

In der Mitteilung zum Ersatz der Leuchten schreibt der ESB, diese seien ins Konzept der Neugestaltung der Gassen integriert, entsprächen Normen der Schweizer Licht Gesellschaft, man habe Absprachen mit der kantonalen Denkmalpflege und einem externen Planungsbüro für Beleuchtungstechnik vorgenommen.<sup>1</sup> Kurz: Man hat verschiedene externe Institutionen miteinbezogen; die Liegenschaftsbesitzenden wurden mit einem kurzen Schreiben vor vollendete Tatsachen gestellt und ganz aussen vor blieben die von der Massnahme Direktbetroffenen, die Anwohnenden.

5. Weshalb haben die Direktbetroffenen am wenigsten zu sagen?
6. Vor kurzer Zeit hat der Gemeinderat mit der «Vision 2030» der Stadt ein neues Leitbild gegeben.<sup>2</sup> Prominent wird in dieser die Partizipation der Bevölkerung erwähnt, so steht einleitend: «...nutzen bei der Weiterentwicklung unserer Stadt die Partizipation der Bevölkerung...». Wird die Stadt hier ihren eigenen Ansprüchen gerecht?
7. Eingriffe in das Stadtbild der Altstadt hat die Bevölkerung in den letzten Jahren mit besonderer Sensibilität aufgenommen: Die Neugestaltung des Rings oder die Planung Wildermethmatte beispielsweise wurden in der Altstadt kontrovers aufgenommen. Mit dem Ersetzen der Beleuchtung Unter-/Schmiedegasse wurden die Anwohnenden erneut übergangen. Hat der Gemeinderat nichts gelernt? Ist es denkbar, dass er bei zukünftigen Projekten wieder ein offeneres Ohr für die Anwohnenden hat?

<sup>1</sup> Medienmitteilung ESB. <https://www.esb.ch/de/esb/medien/medienmitteilungen/der-esb-erneuert-die-offentliche-beleuchtung-der-altstadt/>

<sup>2</sup> Vision 2030: <https://www.biel-bienne.ch/public/upload/assets/6001/Biel%202030.pdf>



Die Stadt Bern hat für ihr Stadtgebiet ein Beleuchtungskonzept.<sup>3</sup> Dieses sieht vor, dass in der Altstadt einerseits historische Leuchten verwendet werden sollten und andererseits «Lichtquellen, deren Lichtqualität und -farbe dem Glühfadenlicht entsprechen, einzusetzen» (S. 23 ff). Entsprechend schreibt das Konzept vor, dass in der Altstadt eine Lichtfarbe von maximal 2700 Kelvin verwendet werden darf.

8. Ist dem Gemeinderat das Beleuchtungskonzept der Stadt Bern bekannt?
9. Gibt es gute Gründe, weshalb die für das UNESCO-Welterbe Berner Altstadt erarbeiteten Grundsätze für die Bieler Altstadt keinen Sinn ergeben?

Auch die Stadt Biel hat eine Beleuchtungskonzept, den Plan lumière de la ville de Bienne vom 12.12.2013.<sup>4</sup> Im Gegensatz zum Stadtberner Konzept, sind dem Plan lumière viel weniger Kriterien für die Umsetzung einzelner Beleuchtungen zu entnehmen.

10. Für die Altstadt sieht der Plan lumière vor: «L'éclairage public visé doit créer une ambiance nocturne appropriée à la vie sociale caractéristique de la Veille Ville.» Was versteht der Gemeinderat unter dem charakteristischen sozialen Leben der Altstadt? Hält er diese Bestimmung für erfüllt mit der neuen Beleuchtung von Unter- und Schmiedegasse?
11. Wäre eine Ergänzung des Plan lumière mit konkreten Messgrössen, analog dem Berner Beleuchtungskonzept, nicht sinnvoll? Falls ja, wäre der Gemeinderat bei der Bestimmung dieser bereit, betroffene Kreise miteinzubeziehen?

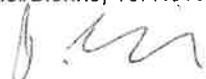
Als einer der Gründe für die neue Ausgestaltung werden Umweltaspekte genannt. Während eine Einsparung beim Energieverbrauch durch die Verwendung neuer Leuchtmittel sicherlich sinnvoll ist und eine Reduktion der Lichtverschmutzung auch begrüssenswert ist, so stellen sich trotzdem Fragen:

12. Die gewählte Farbtemperatur hat auch Auswirkungen auf Fauna und Flora.<sup>5</sup> Je wärmer der Farbton, desto weniger Insekten werden angezogen, Fledermäuse weniger beeinflusst und die Bäume werden weniger in ihrem Jahreszyklus gestört. Wurden diese ökologischen Aspekte bei der Auswahl des Farbtons mitberücksichtigt?
13. Was passiert mit den bisher in Unter-/Schmiedegasse verwendeten Laternen? Stichwort: Recycling.

Die neue Beleuchtung wurde an Unter- und Schmiedegasse realisiert. Es stellen sich nun Fragen zum weiteren Vorgehen:

14. Welche weiteren Schritte sind geplant? Beabsichtigt die Stadt, auch weitere Gassenzüge umzurüsten? Wenn ja, innert welchem Zeitrahmen?
15. Dem Vernehmen nach sollen die Laternen der Unter-/Schmiedegasse wiederverwendet werden. Wäre es denkbar, dass die damit ersetzten Laternen später wieder in Unter-/Schmiedegasse verwendet werden könnten?
16. Sollten weitere Gassen betroffen sein: Ist es denkbar, dass der Gemeinderat auf die geäusserten Bedenken eingeht? Namentlich betreffend des gewählten Farbtons?

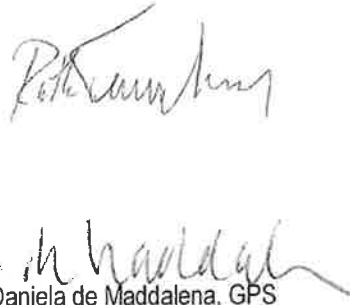
Biel/Bienne, 18. November 2021

  
Dennis Briechle, gp

  
Marisa Halter, PdA

  
Pesche Heiniger, PdA

  
Veronika Schneider, SVP

  
Daniela de Maddalena, GPS

<sup>3</sup> Beleuchtungskonzept Stadt Bern: [https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_plk/neue-richtlinien-fuer-die-oeffentliche-beleuchtung/dokumente/bericht-zum-ubergeordneten-beleuchtungskonzept-der-pdl/@download/file/Bericht%20zum%20C3%9Cbergeordneten%20Beleuchtungskonzept%20der%20Stadt%20Bern.pdf](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_plk/neue-richtlinien-fuer-die-oeffentliche-beleuchtung/dokumente/bericht-zum-ubergeordneten-beleuchtungskonzept-der-pdl/@download/file/Bericht%20zum%20C3%9Cbergeordneten%20Beleuchtungskonzept%20der%20Stadt%20Bern.pdf)

<sup>4</sup> Plan lumière nicht öffentlich, dem Autor bekannt

<sup>5</sup> [https://www.vur-ade.ch/vur\\_tagungen\\_archiv.php?l=Gew%25C3%25A4sserraum%28%25E2%2580%2593%28Fragen%2Bund%2BAntworten%2Baus%2Bder%2BPraxis&read\\_category=24](https://www.vur-ade.ch/vur_tagungen_archiv.php?l=Gew%25C3%25A4sserraum%28%25E2%2580%2593%28Fragen%2Bund%2BAntworten%2Baus%2Bder%2BPraxis&read_category=24)